

Ergebnisse und Materialien

Heft Nr. 7, Jahrestagung vom 29./30. März 2014 in Mannheim

Am 29./30. März 2014 fand in Mannheim die Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation statt.

Die Tagung hatte zwei thematische Schwerpunkte: 1.: EU und das Ziel einer Sozialunion – wo steht die Entwicklung einer gemeinsamen Sozialpolitik der EU bzw. in der EU? Und 2.: EU-Ostpolitik – und deutsche EU- und Nato-Politik in der Ukraine-Krise.

Zu EU und Sozialunion referierten:

Karola Boger, Mitarbeiterin bei der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament. Sie arbeitet für den Ausschuss für Beschäftigung und Soziales.

Thomas Trüper, Stadtrat der Linken in Mannheim und Sprecher des Kreisverbandes die Linke Mannheim. Er beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Einwanderung

aus Südosteuropa und der Reaktion von Politik und Verwaltung in Mannheim.

Auf Grund bahntechnischer Zugausfälle konnte Karola Boger nicht vor Ort an der Tagung teilnehmen. Sie war der Konferenz per Skype zugeschaltet.

Zu EU und Ostpolitik referierten:

Hunno Hochberger zur deutschen EU- und Nato-Politik in der Ukraine-Krise

Mirko Messner, Bundessprecher der Kommunistischen Partei Österreichs, KPÖ, zum Bündnis „Europa anders“ in Österreich und zu Vorschlägen des Bündnisses zur Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten.

Wir dokumentieren nachfolgend die Beiträge der Referentin und der Referenten.

Christoph Cornides

Inhalt:

Samstag, den 29.3. Thema: Ist die Europäische Union eine Sozialunion? Was ist das eigentlich die „Sozialunion“? Von Karola Boger (Autorin) und Eva Detscher (Berichterstatlerin)	1
Mannheim und die Einwanderung aus Südosteuropa. Von Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke	5
Mannheimer Grundsätze zur Integration (vom 24.7.2001)	6
Sonntag, 30.3. Veranstaltung mit der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“	
Zur deutschen EU- und Nato-Politik im Kontext der Ukraine-Krise – Welche eher neuartigen Merkmale zeichnen sich ab? Von Hunno Hochberger	9

Dokumentation: 1. Politik und öffentliche Meinung, S. 10; 2. Politik und Wirtschaft, S. 12; 3. Politik und Militär S. 14	
Interview mit Mirko Messner zur Wahlallianz „Europa anders“	16
Dok: KPÖ zum Ergebnis für „Europa anders“ bei der der EU-Wahl: Eine Tür wurde aufgestoßen	16
Dok: KOMMENTAR: Zwei Resultate, ein Prozess	19

Vereinsangelegenheiten:

Haushaltsplan 2014	20
Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2013	20
Jahrestagung 2014 am 29. und 30. März in Mannheim – Protokoll:	30

Ist die Europäische Union eine Sozialunion?*

Was ist das eigentlich die „Sozialunion“? Die Debatte um soziale Leistungen für Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der EU ist der aktuelle Anlass, sich dieser Frage zu nähern.

Von Karola Boger¹ (Autorin) und Eva Detscher (Berichterstatlerin)

Die Stunde der Populisten

Ob die AfD Anti-Euro-Anhänger hinter sich versammelt oder die CDU auf Stimmenfang geht mit dem Slogan: wer betrügt – fliegt – das alles funktioniert nur, weil es ein Gefühl der Ohnmacht und des Unbehagens hinsichtlich der Europäischen Union (EU) gibt. Die Ohnmacht und das Unbehagen kommen oft daher, dass wir nicht genau wissen wer in Brüssel was entscheidet. Wie der „Laden“ EU funktioniert, ist oft nicht bekannt. Vieles wird ins Lächerliche gezogen, z.B. die Gurkenverordnung, vieles wird über- oder unterschätzt. Begriffe wie „Regelungswut“ oder „Bevormundung durch Brüssel“ finden sich in politischen Äußerungen über ein breites politisches Spektrum verstreut. Das verunsichert, es zwingt uns, Behauptungen zu glauben oder zumindest

nicht sicher wiederlegen zu können.

Der aktuelle Anlass für diesen Bericht war die im Europawahlkampf – teilweise hysterische – Diskussion, ob BürgerInnen Europas – insbesondere aus Süd- und Osteuropa – soziale Leistungen in Deutschland bekommen/ oder nicht, bekommen sollen oder nicht.

Mit diesem Betrag soll zumindest etwas Licht ins Dunkle gebracht werden. Er soll die aktuellen Grundlagen und Funktionsprinzipien der EU kurz erläutern und einzelne Kompetenzen im Bereich Sozialpolitik beschreiben. Dieser Bericht ist mehr Bildungsauftrag als eine kritische politische Auseinandersetzung. Diese und die politische Debatte um die weitere Entwicklung in der EU müssen wir danach führen. ▶

* Dieser Bericht basiert auf einem Skype-Vortrag von Karola Boger, der von Eva Detscher niedergeschrieben und von der Autorin überarbeitet wurde. Für den Inhalt ist die Autorin verantwortlich. Der Bericht ist kein Wortlautprotokoll. Er wurde so überarbeitet und ergänzt, dass er verständlich ist.

1 Karola Boger ist Mitarbeiterin bei der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament und arbeitet für den Ausschuss für Beschäftigung und Soziales. Zuvor war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Thomas Händel, MdEP (Linke). Sie ist Juristin und hat in Deutschland bei der IG Metall gearbeitet.

► Grundlagen der Europäischen Union

Um es vorweg zu nehmen: Brüssel regelt nicht alles! Brüssel regelt nur das, was in den Verträgen steht. Die aktuelle Version wird nach dem Ort der Unterzeichnung, Lissabon, benannt. Der Lissabonner Vertrag besteht eigentlich aus zwei Verträgen: dem „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) und dem „Vertrag über die Arbeitsweise der EU“ (AEUV). Die Europäischen Verträge werden von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten verhandelt und unterzeichnet, in manchen Mitgliedsstaaten gibt es darüber Volksabstimmungen.

Unabhängig von den konkreten Inhalten gelten ein paar Prinzipien für alles:

Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. D.h. jede einzelne Kompetenz, die von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene übertragen wird, muss einzeln und genau übertragen werden. Ganze Bereiche allgemein und komplett können nicht übertragen werden.

Grundsatz der Subsidiarität (Nachrangigkeit): Alles, was die Mitgliedsstaaten besser selbst regeln können als auf EU-Ebene, bleibt bei den Mitgliedsstaaten. Inzwischen können die Mitgliedsstaaten (in Deutschland sowohl der Bund als auch die Länder – je nach Kompetenz – die Europäische Kommission rügen, wenn sie den Grundsatz der Subsidiarität verletzt sehen).

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Maßnahmen, die die EU ergreift, müssen Verhältnismäßigkeit sein, d.h. angemessen und geeignet, das Ziel zu erreichen und es muss sich um das mildeste Mittel handeln.

Neben diesen allgemeinen Grundsätzen gibt es die konkreten Politikbereiche. Der Bereich Sozialpolitik enthält z.B. Regelungen zur Beschäftigung (Art. 145 ff), zur Sozialpolitik (Art. 151 ff) oder auch zum Europäischen Sozialfonds (Art. 162 ff). Alles, was in den Verträgen selbst steht, wird Primärrecht genannt. (Abb. 1)

Welche Rechtsakte verabschiedet die EU?

Auf diesen Grundlagen in den Verträgen können Rechtsakte verabschiedet werden. Diese werden dann Sekundärrecht genannt, weil sie von den Verträgen abgeleitet werden: Verordnungen sind so etwas wie europäische Gesetze, weil sie direkt und unmittelbar gelten. Sie müssen nicht in nationales Recht umgesetzt werden.

Richtlinien müssen in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei darf der Mitgliedstaat selbst entscheiden, „wie“ er umsetzt, nicht aber „was“. Gerade der Begriff „Richtlinie“ schafft in Deutschland sehr viel Verwirrung, weil es oft so verstanden wird, dass es nur eine grobe Richtschnur sei, aber unverbindlich. Dem ist nicht so. Die Mitgliedsstaaten müssen den gesamten Inhalt einer Richtlinie umsetzen, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Und da es oft zu nicht

vollständigen oder nicht richtigen Umsetzungen kommt, kann die Kommission ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen einen Mitgliedstaat einleiten, dass im Ernstfall zu einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes führt.

Beispiel für Rechtsakte aus dem Arbeitsrecht

Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Art. 153 Abs.1a AEUV „Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutze der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer“, d.h. alle Gesetze zum Arbeits- und Gesundheitsschutz basieren auf Richtlinien, die auf dieser Grundlage erlassen wurden. Hierunter fällt auch die „Arbeitszeit-Richtlinie“, die in Deutschland in Form des Arbeitszeitgesetzes umgesetzt wurde.

Oder als Beispiel des Wiers der Umsetzung: für die Umsetzung der Teilzeit-Richtlinie und der Befristungs-Richtlinie wurde in Deutschland ein eigenes Gesetz verabschiedet, das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Die Betriebsübergangs-Richtlinie wurde hingegen als Ergänzung in das Bürgerliche Gesetzbuch mitaufgenommen: § 613a BGB.

Viele gesetzliche Regelungen im Bereich des Arbeitsrechts basieren auf EU-Richtlinien (ABB2):

Fazit: im Bereich des Arbeitsrechts gibt es Kompetenzen, die auf die EU übertragen wurden. Auf Grundlage dieser in den Verträgen übertragenen Einzelkompetenzen wurden und werden Richtlinien verabschiedet, die in nationales Recht durch Gesetze umgesetzt wurden.² Sie werden überwiegend im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung des Europäischen Parlaments verabschiedet.

Hat die EU Kompetenzen im Bereich Sozialversicherung/ Leistungen?

Im Prinzip ja: unter den Kompetenzen im Lissabonner Vertrag ist aufgeführt in Art. 153, Abs.1d AEUV: „Soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer“. Hier gibt es jedoch zwei Besonderheiten: zum einen gelten die Regelungen nur für ArbeitnehmerInnen,³ d.h. nicht für alle BürgerInnen gleichermaßen.

Die zweite Besonderheit ist das damit verbundene Verfahren. Denn es handelt sich nicht um das „normale“ Gesetzgebungsverfahren, bei dem der Rat (die Staatschefs) und das Europäische Parlament als gleichberechtigter Gesetzgeber beteiligt sind. Stattdessen muss der Rat (die Staatschef) hier bei Rechtsakten einstimmig beschließen (sonst mehrheitlich). Das Parlament wird nur noch angehört, Art. 153 Abs.2b, Abs.2 AEUV.

Das bedeutet, dass in diesem Bereich die Hürden ziemlich hoch liegen und die Bereiche ziemlich eingeschränkt sind. Dennoch gibt es eine sehr wichtige Verordnung im Bereich „Soziale Sicherheit“, die Verordnung (EG) 883/2004. Die Vorläufer-Verordnung wurde „Wanderarbeiter“-Verordnung genannt. Sie stammt aus dem Jahre 1971! Die Aufgabe ist es,

Abb.1

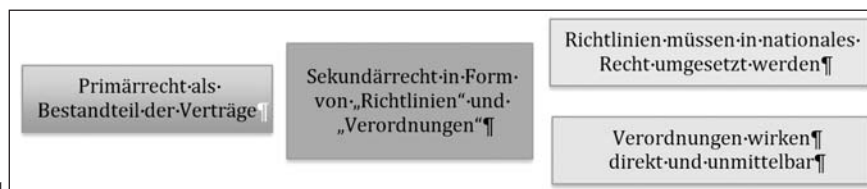


Abb.2

EU-Richtlinie (RL)	... wird umgesetzt in deutsches Recht durch
Betriebsübergangs-RL	§ 613a BGB
Euro-Betriebsrats-RL	EBR-G (Gesetz)
Gleichstellungs-RL	AGG
Befristungs- RL und Teilzeit-RL (Besonderheit: „Sozialer Dialog“ Art. 154 AEUV)	<u>TzBefG</u>
Elternzeit-RL	Elternzeitgesetz
Arbeits-Zeit-RL	ArbZG
Arbeitnehmer-Konsultations- u. Informations-RL	Massenentlassungsanzeige im KSchG

2 Wenn Richtlinien in nationales Recht umgesetzt sind, steht „deutsches Gesetz“ darauf. Dann ist die europäische Grundlage meistens nicht (mehr) direkt erkennbar. Das ist vermutlich auch ein Grund, warum kaum bekannt ist, was und wie viel von der EU geregelt wird.

3 In engen Grenzen schließt das auch Menschen mit ein, die arbeitssuchend und/ oder arbeitslos sind

soziale Leistungen zu koordinieren. Als konkretes Beispiel dient die Rente: Wenn Arbeitnehmer in unterschiedlichen Mitgliedstaaten arbeiten und dort Rentenansprüche erwerben, werden die Ansprüche zum Renteneintritt so koordiniert, dass sie zusammen ausgezahlt werden. Das bedeutet: die Bedingungen für die einzelnen Rentenversicherungssysteme (z.B. Höhe der Beiträge, Dauer der Einzahlung, Anwartschaftszeiten, Renteneintrittsalter) werden von den einzelnen Mitgliedstaaten bestimmt. Nur bei der Koordinierung der Auszahlung greift die Verordnung der EU. Dies bedeutet: Die Rentenversicherungssysteme sind nicht europäisch geregelt, sie bleiben national.

Fazit: eine Union der Sozialversicherungssysteme war bisher nicht geplant. Sie werden in den Mitgliedstaaten geregelt, aber nicht europäisch. Die meisten Regelungen, die es im Bereich Soziale Sicherung und Sozialversicherung gibt, sind mit Beschäftigung verknüpft. Wenn also jemand Leistungen aus einer Sozialversicherung erhalten möchte, muss derjenige in der Regel die Bedingungen im jeweiligen Mitgliedstaaten erfüllen. Ausnahmen ergeben sich für Bürger aus anderen Mitgliedstaaten unter anderem aus der Freizügigkeit (siehe unten).

Es gibt allerdings ein Instrument, das es nicht zu unterschätzen gilt: Die „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK). Hierbei wird gestaltet und zwar ohne Kompetenzen! Dabei werden in mehreren Schritten Politikfelder angeschaut, Ziele festgelegt und die besten Beispiele aus Mitgliedstaaten empfohlen. D.h. nationale Praktiken werden betrachtet und verglichen, es wird bestimmt, wo es gut läuft und das wird dann anderen Mitgliedstaaten empfohlen.⁴ Allerdings kann das einzelne Mitgliedstaaten ziemlich unter Druck setzen, wenn sie den Empfehlungen nicht folgen bzw. sich der Erfolg nicht einstellt.

Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung⁵ zeigt z.B. wie die gute Praxis von arbeitsamtseigenen Leiharbeitsfirmen in Dänemark in Deutschland als PSA kopiert worden waren und nicht funktioniert, weil das Beispiel aus dem Gesamtsystem Dänemarks herausgerissen wurde und in Deutschland die konkreten Bedingungen völlig andere waren. D.h. es entsteht ein völlig verzerrtes und unrealistisches Bild, das nicht funktioniert, weil die Rahmenbedingungen völlig andere sind.

Auch das Beispiel Grünbuch und Weißbuch zur Rente funktioniert nach diesem Modell: Es wird mit der „demographischen Keule“ argumentiert und das scheinbar einzige Fazit ist: Rente kürzen und länger arbeiten. Manche sprachen dann schon von der Rente mit 71. Das bedeutet, dass Deutschland schon seit Jahren mit den Maßnahmen des Sozialabbaus als „Musterschüler“ Europas anderen Mitgliedstaaten vorgehalten wurde und wird.

(Soziale) Grundrechte auch ohne Verfassung?

Die Europäische Verfassung mit Europäischen Grundrechten gibt es (noch) nicht, weil sich nicht alle Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen hatten.

Trotzdem ist im Lissabonner Vertrag eine Verbesserung zu den früheren Verträgen enthalten, u.a. in Art. 6 I EUV: „Die Charta der Grundrechte der EU und die Verträge sind gleichrangig“. D.h. nicht alle wollten die Grundrechte-Charta in den Verträgen verankern, aber nun hat sie einen Status, wie die Verträge, d.h. sie sind bindend wie die Verträge. Hier ist z.B. das Streikrecht enthalten.

Und in Art. 6 II EUV ist geregelt: „Die Union tritt der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei“ (Europäische Menschenrechtskonvention EMRK). Die Europäische Menschenrechtskonvention gehört zum Europarat. Das ist eine völlig andere, eigenständige Organisation als die EU (Sitz ist in Straßburg, dazu gehört der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, 48 Mitglieder, z.B. auch Russland). Auch wenn das Verhältnis noch nicht im Einzelnen absehbar ist, wird sich die Rechtsprechung in der EU vermutlich verändern.

Was ist mit der Arbeitnehmer-Freizügigkeit?

Seit den Römischen Verträgen 1958, Maastrichter 1992, über den Vertrag von Nizza und Amsterdam bis zum Lissabonner Vertrag 2009 ist die Entwicklung von drei Gemeinschaften zu einer EU weiter gegangen, und von sechs Mitgliedern auf 28.

Die Grundlage des gemeinsamen Binnenmarktes seit Maastricht sind die 4 Grundfreiheiten. (Abb. 3)

Eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes ist die

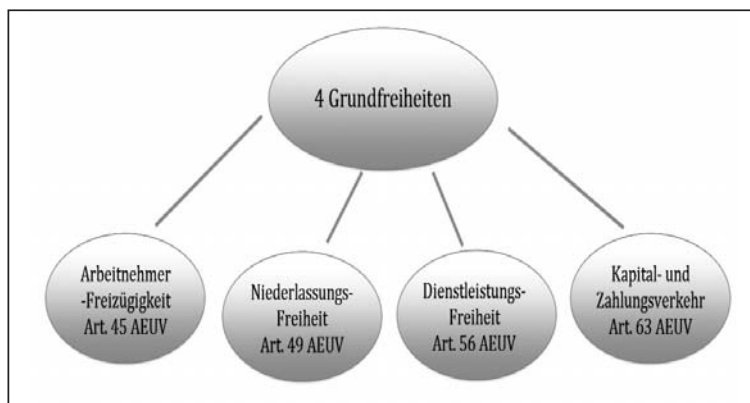


Abb. 3

sogenannte „Arbeitnehmerfreizügigkeit“. D.h. Bürger der EU können grundsätzlich in jedem anderen Mitgliedstaaten der EU arbeiten und dürfen nicht diskriminiert werden. Sie dürfen sich auch in einem anderen Mitgliedstaaten aufhalten, um sich dort um eine Stelle zu bewerben. Allerdings kann der Aufenthalt beschränkt werden, z.B. aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit.

Wozu dienen nun diese Worte: die Freizügigkeit ist an Beschäftigung gekoppelt. Es gilt generell keine allgemeine Freizügigkeit, sondern Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Die Gewährung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Rumänien und Bulgarien war keine Extra- oder besondere Freiheit. Im Gegenteil. Grundsätzlich hätte diese Freiheit von Anfang an mit dem Beitritt zur EU gewährleistet werden müssen. Deutschland hatte eine Beschränkung der Arbeit-

4 „Mit dem »Trick« der »Offenen Methode der Koordinierung« werden aber Verabredungen über einen Gleichschritt der nationalen Politiken getroffen, die dann in den Mitgliedstaaten jeweils getrennt durchgesetzt werden. Grundlage für Mindestlöhne: Nein. Absprache zum Sozialabbau: Ja. Getrennt marschieren, vereint schlagen ist das Handlungsprinzip. Die EU-Kommission und ihre jeweiligen Dienste liefern dazu die Begleitmusik; das Parlament, mit seinen in wesentlichen Fragen rechten Mehrheiten, leistet dann ein Übriges.“ Aus: „Soziale Mindeststandards statt Sozialdumping – Die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union und die Arbeitnehmer-Freizügigkeit“, erschienen in der Zeitschrift „Sozialismus“ 3/2011; Autoren: Thomas Händel (MdEP) und Karola Boger; nachzulesen unter: <http://www.dielinke-europa.eu/article/7634.soziale-mindeststandards-statt-sozialdumping.html>).

5 Rainer Weinert: Die Rolle der Gewerkschaften in der europäischen Sozialpolitik-Was die Offene Methode der Koordinierung bedeutet, Berlin 2009

- ▶ nehmerfreizügigkeit (wie vorher auch schon für andere Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa) bewirkt, um den eigenen Arbeitsmarkt zu schützen.

Insofern steht den Bürgern aus diesen Mitgliedstaaten nun die Freiheit zu, die sie eigentlich schon von Anfang an gehabt haben.

Und hier nun auch die Verbindung zu Sozialleistungen. Wenn jemand aus einem anderen Mitgliedstaat gearbeitet hat und hat dadurch bestimmte Bedingungen erfüllt, kann derjenige auch Arbeitslosengeld und/ oder andere soziale Leistungen erhalten (das hängt mit der Arbeitnehmer-Freizügigkeit zusammen.⁶ Leistungen werden aber nicht an alle EU-Bürger „einfach“ so ausgezahlt. Die Hürden liegen ziemlich hoch.⁷

Was macht das Europäische Parlament?

Im Laufe der Zeit hat sich das Europäische Parlament immer mehr Rechte bei der Gesetzgebung erkämpft. Trotzdem fehlt noch ein wichtiges: das Recht, Gesetze vorzuschlagen, das Gesetzesinitiativrecht. Dieses Recht ist und bleibt bei der Europäischen Kommission. Der Entwurf kommt im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren von der Kommission ins EP, durchläuft dort die beteiligten Ausschüsse und nach der Endabstimmung geht es zum Rat. Wenn dieser zustimmt, wird daraus ein Gesetz. Allerdings gibt es zwei Verfahren, bei der das Parlament sich an die Kommission wenden kann, damit sie einen Gesetzesentwurf erlässt. Das eine ist die Form des Entschließungsantrags (Ini-Anträge, z.B. der Handel-Bericht zu grenzüberschreitenden Unternehmensvereinbarungen). Das andere ist ein Entschließungsantrag, mit einem angehängten Vorschlag für einen Gesetzestext (Legis-Ini, z.B. Cercas-Bereich zur Restrukturierung, das ist ein Vorschlag für ein Light-light-light-Teil-Betriebsverfassungsgesetzes). Bei beiden muss die Kommission reagieren: entweder sie lehnt begründet ab oder sie erlässt einen Entwurf. Dann entscheidet die Kommission aber selbst, was drin steht. Sie muss sich nicht an den Entwurf des EP halten. Ein schwaches Recht zugegeben. Aber mehr als früher.

Im Folgenden sind als Bsp. einzelne Rechtsakte aufgeführt die in den letzten Monaten im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vom EP verabschiedet wurden:

- Richtlinie für Saison-Arbeitnehmer aus Drittstaaten
- Richtlinie zur konzernweiten Leihe aus Drittstaaten
- Richtlinie zur Durchsetzung der Mobilitäts-Richtlinie
- Troika-Bericht im Beschäftigungsausschuss (EMPL Cercas-Ini)
- Durchsetzungs-Richtlinie zur Entsende-Richtlinie (Richtlinie)
- Grenzüberschreitende Übertragung von Betriebsrenten (Verordnung)
- Liberalisierung der Verkehrsbodendienste (Richtlinie)

Was wollen wir? Soziales Europa – nicht nur Binnenmarkt!

Selbstredend sind wir noch weit, weit von einer sozialen Union entfernt. Die EU ist heute hauptsächlich eine Wirtschaftsunion mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Trotzdem sollte man den friedensstiftenden Hintergrund der Geschichte nicht vergessen. Die soziale Union, die Union der BürgerInnen und Bürger ist kaum ausgeprägt:

Menschen erscheinen als Arbeitnehmer, Konsumenten und Verbraucher.

Der Schwung und die Hoffnung in den 90ern, Europa als Fortschrittsmotor der Modernisierung zu erleben, sind weg. Krise und Austeritätspolitik, die Banken rettet und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit und in Armut stürzt, die Vereinbarungen zu Eingriffen in bestehende Tarifsysteme an allen demokratisch gewählten Institutionen vorbei. Die konservativen Mehrheiten in Rat und EP, die Arbeitnehmerrechte beschneiden und alles für Unternehmen tun, frustrieren oft mehr, als dass sie Hoffnung geben.

Aber alles Klagen hilft nicht: das nutzen, was da ist, auch in den Verträgen (auch im verheulenen Lissabonner Vertrag), sich über Europa informieren, sich beteiligen, mitmischen, einmischen – auf allen Ebenen – in Parteien, Gewerkschaften, Bürger-Inis, Vereinen – das alles ist wichtig. Europa wird auch nicht allein im Europäischen Parlament entschieden. Bei jedem großen Rechtsakt passiert nur etwas, wenn es Druck aus den Mitgliedsstaaten gibt, auf die einzelnen Regierungen und Abgeordnete. Lobbying mögen wir alle nicht, aber wir wären manchmal froh, wenn Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Verbände sichtbar und hörbarer wären und nicht nur Banken und die Industrie.

Denn es ist unser Europa! Wir dürfen es nicht den anderen überlassen, nicht den Eliten, nicht den Spezialisten, nicht den „Eurokraten“! Solange wir kein anderes Europa haben, müssen wir an diesem weiterarbeiten. Denn ein anderes Europa ist möglich!

Was wollen wir in einem sozialen Europa:

- Arbeit, von der man leben kann („Gute Arbeit“)
- Kein „Flexicurity-Konzept“, weil es dauerhafte Tarif- und Sozialstandards senkt ohne die versprochene Sicherheit
- Europäischer Mindestlohn (60% des nationalen Mindestlohns)
- Andere Formen von Arbeit mit hohem Schutz (keine unsichere, prekäre Arbeit)
- Mobilität, aber nur freiwillig
- Soziale Sicherung, die jetzt und in der Rente vor Armut schützt und Teilhabe gewährleistet
- „Soziale Fortschrittsklausel“, damit die wirtschaftlichen Grundfreiheiten NICHT über den kollektiven sozialen Rechten stehen (EuGH-Urteile zur Entsende-Richtlinie: Viking/Laval/Rüffert/ Luxembourg: grenzüberschreitende Streikmaßnahmen, „Streikrecht“ als soziales, kollektives Grundrecht der EU))
- Vereinigte Staaten von Europa??!??

Fazit: Für manch einen mag dieser Text nicht politisch und nicht kritisch genug sein. Und er kann auch nicht die ganze Spannweite der EU erklären. Es ist auch keine wissenschaftliche Abhandlung oder eine Doktorarbeit. Das ist richtig. Aber in Brüssel wimmelt es von Spezialisten, die einem jedes Detail erklären können. Das könnte ich auch – bloß dass das kein Mensch versteht. Dies ist ein kleiner Versuch, dieses Gebilde an ein paar Stellen konkret zu beschreiben, zum Anfassen. Damit deutlich wird, dass es in der einen oder anderen Form mit unserm täglichen Leben zu tun hat.

⁶ Meinen Informationen nach ist nur Kindergeld ohne weitere Bedingungen (aber da bin ich keine Expertin).

⁷ Weiterführend: Informationen zur Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union, DGB-Info, nur online erhältlich (sehr aktuell und detailliert), DGB Bundesvorstand (Hgs.)

Mannheim und die Einwanderung aus Südosteuropa

Labiles Gleichgewicht zweier gegensätzlicher Strategien der Verwaltung bei verbaler Dominanz der „Willkommenskultur“.

Von Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke

Ausgangssituation

Mannheim gehört zu den Zentren der Neuzuwanderung aus den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien (MOE-2-Staaten). Genaue Zahlen liegen nicht vor. Aber ein Trend ist beschreibbar:

In einem Situationsbericht schreibt die Stadtverwaltung in November 2012:

„Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1.1.2007 hat sich der Zahl der rumänischen Zuwanderer nach Mannheim von 928 auf 2.405 (Stand 9/2012) um den Faktor 2,6 erhöht. Die Zahl der bulgarischen Zuwanderer hat sich im selben Zeitraum von 707 auf 3479 sogar verfünffacht.

Lag die durchschnittliche Zuwanderungszahl aus beiden Ländern in die Quadratestadt in den Jahren vor dem EU-Beitritt bei ca. 60 Personen pro Jahr, so sind es aktuell nahezu 200 Personen monatlich, die aus Rumänien und Bulgarien nach Mannheim kommen – bei zu erwartender weiter steigender Tendenz.

Im Oktober 2012 lag die Zahl der gemeldeten BulgariInnen und RumänInnen erstmals über 6000 und damit bei einem Anteil von knapp 2% an der Mannheimer Bevölkerung.“ (V674/2012)

Zwischenzeitlich werden (allerdings unglaubliche) Zahlen von 12000 Personen gehandelt. Nach wie vor kann das Meldewesen diese Migration, die teilweise eine Pendelmigration ist, nicht korrekt abbilden. Die Verteilung innerhalb der Stadt ist extrem unterschiedlich. Hauptwohngebiet sind alte Arbeiterviertel mit ohnehin weit überdurchschnittlichem Anteil migrantischer Bevölkerung.

Die Verwaltung widerspricht massiv Zahlen der Bundesagentur, wonach 80% der Zuwandernden über eine beruf-

liche Qualifikation verfügten. Dieser Anteil sei zumindest bei den in Mannheim ankommenden Neuzuwandernden deutlich geringer. Viele hätten nur zwei bis vier Jahre Schulausbildung oder überhaupt keine. Der Anteil der Roma sei jedoch nicht höher als in den Ursprungsgesellschaften. Das Thema werde daher nicht als speziell mit Roma in Verbindung stehend betrachtet.

Warum ist neben den größten deutschen Städten und einigen Ruhrgebietsmetropolen Mannheim Schwerpunktgebiet der Einwanderung?

Die Sozialverwaltung verweist auf eine lange Vorgeschichte der Anwerbung von ErntehelferInnen durch die Arbeitsagentur für den badisch-hessischen Spargelanbau bis hin zur Weinlese in der Pfalz. Sehr vielen südosteuropäischen WanderarbeiterInnen ist somit die Rhein-Neckar-Region als aufnahmefähiger Arbeitsmarkt bekannt.

Dies ist die eine Seite des „Pull and push“-Effektes. Die andere Seite, die desolote Lage in Rumänien und Bulgarien nach der postsozialistischen Deindustrialisierung, der EU-Integration und die besondere Situation der ca. 20% Roma-Bevölkerung sollen hier nicht weiter beleuchtet werden.

Festzuhalten ist, dass diese Migration eindeutig eine Arbeitsmigration ist, auch wenn sie von rechten Meinungsbildnern immer wieder als Sturm von Armutsfüchtlingen auf die sozialen Systeme denunziert wird. Keine seriöse Quelle bezweifelt, dass die Menschen kommen, um zu arbeiten.

Die rechtliche Lage

Seit 2007 haben sie als EU-Bürger Aufenthalts-Freizügigkeit, aber erst seit 1.1.2014 uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bis dahin durften sie nur Tätigkeiten ausüben, für die es keiner Arbeitsgenehmigung bedurfte ▶



Notbehausung von Wanderarbeitern in Mannheim

- ▶ (als Selbstständige) oder eben mit Sonderarbeitsgenehmigung (Akademiker, Saisonarbeiter für maximal sechs Monate).

Nach SGB II erhalten

„Personen Leistungen, die:

- das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- erwerbsfähig sind (bei ausländischen Staatsangehörigen gilt als Kriterium der Erwerbsfähigkeit zusätzlich, dass eine Erwerbstätigkeit erlaubt ist oder erlaubt werden könnte; diese Voraussetzung ist für alle EU-Bürger unabhängig von Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit gegeben),
- hilfebedürftig sind und
- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.“ (DGB Bundesvorstand: Informationen zur Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union. 2014, nur online verteilt).

Unter „gewöhnlichem Aufenthalt“ in Deutschland werden fünf Jahre verstanden. Deshalb beginnen seit 2012 die SGB-II-Leistungen an Berechtigte aus Bulgarien und Rumänien zu steigen. Im 1. Quartal 2014 war zwar kein „Ansturm“ neuer Zuwandernder aus den MOE-2-Staaten zu verzeichnen, jedoch eine Zunahme von Anträgen auf SGB-II-Leistungen (10-15 Anträge pro Tag, gegen Ende des Quartals ein „Antragsstau“ von 500). Dies übrigens in zunehmendem Ausmaß auch durch Neuzuwandernde aus Südeuropa (v.a. Spanien und Griechenland).

Seit dem 1.1.2014 gilt nun die uneingeschränkte Arbeits-erlaubnis. Eine ehrenamtliche Helferin in einem Mannheimer Deutsch-Bulgarischen Verein fragte sich jedoch bei einer DGB-Podiumsdiskussion im Mai 2014, ob sich dadurch viel ändere. „Die Arbeitgeber wollen das (die Beschäftigung von „Selbstständigen“) so lassen oder auf 400-Euro-Jobs umstellen plus Hartz-IV-Leistungen“. So

ist die Aufstockung auch der Hauptgrund für die nun gestellten SGB-II-Anträge.

Grundlegendes Fazit: Vor 2014 setzte das EU-Recht mit der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit MigrantInnen aus den MOE-2-Staaten in eine fatale Situation, die sie weitgehend ohne legale Erwerbsmöglichkeit und ohne Anspruch auf Unterhalt ließ. Unmittelbare Folgen: Abhängigkeit von Gewerbescheinen (meist als Scheinselbstständige), kein deutsches Bankkonto, kein legales Arbeitsverhältnis mit festen Einkünften, keine Mietwohnung mit Anspruch auf Wasser- und Elektrizitätsversorgung und Müllentsorgung), keine feste Anschrift. Stattdessen Tagelöhneri, Schwarzarbeit, Matratzenlager für durchschnittlich 15 Euro pro Nacht und Person, Behörden-Scheu aus guten Gründen, hohe Fluktuation auch der schulpflichtigen Kinder, Nichtbezahlbarkeit von Deutschkursen.

Der gesellschaftliche Diskurs

Letztgenannte durch die (Un-)Rechtslage erzwungene Lebensbedingungen geben in der öffentlichen Diskussion ein fatales Gemisch aus rassistischer Zuordnung der Lebensbedingungen zur „gewohnten Lebensweise dieser Menschen“ und aus scheinheiligem Gejammer über die „armen Opfer“ von Ausbeutung und Mietwucher. Der „Kampf“ dagegen richtet sich allzu schnell und fast ausschließlich gegen Opfer, selten gegen die Täter. Dass die Arbeits- und Mietrechts-Probleme thematisiert werden, die fatale „Übergangsregelung“ nach EU-Recht, hört man überhaupt nicht. Höchstens den Ruf nach EU-Geldern, um die Folgen der „Aufnahme unreifer Staaten in die EU“ kompensieren zu können. Die „Belastung“ der Stadt und besonderer Stadtteile „durch die südosteuropäische Zuwanderung“ ist stehender Begriff in Presse, Bezirksbeiräten und Verwaltung einschließlich Gemeinderat. Der Deut-

Mannheimer Grundsätze zur Integration (vom 24.7.2001)

1. Grundlage für die Gestaltung des Zusammenlabens in Mannheim sind die Maßgaben des Grundgesetzes.
2. Integration ist ein gemeinschaftlicher Anpassungsprozess und Aufgabe der gesamten Mannheimer Stadtgesellschaft.
3. Interkulturelle Orientierung der Verwaltung und interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiterschaft prägen das Selbstverständnis der Stadt Mannheim.
4. Mannheim ist eine weltoffene, internationale Stadt, die die Chancen der Zuwanderung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung betont, die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund fördert und die interkulturelle Kompetenz ihrer Einwohnerschaft stärkt.
5. Mannheim bekennt sich zum Grundsatz der Chancengleichheit aller – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung und sexueller Identität.
6. Alle in Mannheim lebenden Menschen setzen sich ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten gemäß für ihre gesellschaftliche Teilhabe ein. Entsprechend müssen die Kenntnissgabe über die bestehenden Möglichkeiten und der Zugang hierzu gewährleistet sein.
7. Das Erlernen der deutschen Sprache ist unverzichtbare Voraussetzung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine selbstbestimmte Zukunft in dieser Gesellschaft.
8. Mannheim ist eine tolerante Stadt, in der kulturelle und religiöse Unterschiede akzeptiert und respektiert werden.
9. Alle in Mannheim lebenden Menschen anerkennen ihre Mitverantwortung für ein gelingendes Zusammenleben in kultureller und religiöser Vielfalt.
10. Mannheim sagt: Nein zu Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit werden gefördert.
11. Mannheim fördert interkulturelle Begegnungen und den interreligiösen Dialog aktiv und unterstützt entsprechende Initiativen.
12. In Mannheim werden Vereine und Migrantenorganisationen als wichtige Integrationspartner anerkannt und in dieser Rolle unterstützt und gefördert.
13. Mannheimer Integrationspolitik berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen.
14. Alle Mannheimer Stadtbezirke bieten Lebensqualität.



„In den Kulturbrücken miteinander reden“: Der Verein Kulturbrücken e.V. ist eine Initiative, die sich unter dem Motto „Bulgaren, Rumänen und Roma als neUbürger in Mannheim – für Selbstbestimmung, gegen Ausgrenzung und Ausbeutung“ gebildet hat, als Anlauf- und Beratungsstelle arbeitet und sich um die politische und kulturelle Teilhabe der Zugewanderten kümmert.

sche Städtetag, äußert in einer Erklärung die Befürchtung, die südosteuropäischen Migranten (nicht also die Verhältnisse) böten den Rechtsradikalen eine Projektionsfläche. Die Professorin für Medienpädagogik der Hochschule Mannheim, Susanne Lang, bezeichnet dies in einer Podiumsdiskussion nicht ohne Grund als „sekundären Rassismus“.

Tatsächlich treibt die NPD in einem Kundgebungsaufruf für den 16.2.13 in Mannheim diesen verdrehenden Diskurs auf die Spitze indem sie feststellt:

„In Mannheim steigt die Kriminalität immer weiter. Selbst in ehemals ruhigen Stadtteilen gehören Raub und Einbruch zum Alltag. (...) Auch wenn die Presse über die genaue Herkunft dieser Personen schweigt, ist davon auszugehen, dass sie weit überwiegend aus Sinti und Roma bestehen. (...) Doch auch die Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind dabei nicht zu beneiden. Fast alle Bettler sind in Mannheim inzwischen Bulgaren oder Rumänen. Ihr Leben ist geprägt von Mietwucher, Schwarzarbeit, Glücksspiel, Kriminalität und Prostitution. Die Situation ist also für alle gleichermaßen schlimm. (...) Wir fordern daher: Im Interesse aller Völker die Einwanderung stoppen.“

Die Verwaltung

Der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (SPD), der sich deutlich immer wieder einer antifaschistischen Tradition verbunden zeigt, hat von Anfang an eine Position bezogen, die man als realistisch-humanitär bezeichnen könnte. Er verweist auf Erfahrungen, dass Repression Migration noch nie verhindert habe und die

Zahlen keineswegs senke, und dass daher die Kommune verpflichtet sei, den Zuwandernden zu einer selbstbestimmten Existenz zu verhelfen. Er beruft sich dabei auf die Mannheimer Grundsätze zur Integration von 2001 (s. Kasten).

Entsprechend der Zusammensetzung des Gemeinderats (gleich starke bürgerlich-konservative und links davon befindliche Kräfte) hat er jedoch zwei wichtige CDU-Dezernenten zur Seite: Den Ersten Bürgermeister Christan Specht, Finanzen, Städtische Liegenschaften und Öffentliche Sicherheit sowie Michael Grötsch, Soziales und Wirtschaft. Der Sozialamtschef wiederum ist der in der Anti-Hartz-IV-Szene bundesweit bekannte bzw. berüchtigte Hermann Genz (SPD). Für das Meldewesen und die Ausländerbehörde war bis 2012 Specht zuständig, inzwischen Felicitas Kubala (Grüne), die allerdings bisher keine eigenen Akzente setzte.

Nach anfänglicher Ratlosigkeit hatte die Stadtverwaltung im September 2011 eine „AG Südosteuropa“ eingesetzt. Diese untersteht drei Koordinatoren: Einem aus dem Dezernat Specht (Schwerpunkt „Ordnungsstörungen“), einem aus dem Polizeipräsidium Mannheim (Schwerpunkt „Kriminalität“) und einem Koordinator aus dem Dezernat des Oberbürgermeisters (Schwerpunkt „Integration und Hilfen“).

Die Perspektive der „AG Südosteuropa“ ist eindeutig. In einer Präsentation für die zuständigen Gemeinderatsausschüsse vom September 2011 wird analysiert: „Export ungelöster Probleme der Herkunftsländer nach Deutschland – klassische Armutsmigration“. Unter der Rubrik: „Kon- ▶

►krete Probleme in Mannheim“: „Zuzug von ‚Selbstständigen‘ konzentriert sich auf die Stadtteile (...) / ‚Schrottimmobilien‘ sind bzw. entwickeln sich zu Anziehung- und Problemschwerpunkten / Tradierte und wenig angepasste Lebensweise bewirkt selbst in diesen multikulturell geprägten Stadtteilen massive Probleme / Folge: Ordnungsstörungen (Müll, Lärm, Arbeitsaufnahme ohne Erlaubnis etc.), allgemeine Kriminalitätsbelastung, besondere Kriminalitätsformen (z.B. Schwarzarbeit, Prostitution), steigen an.“ Es werden einige „systematische Schwächen“ der Verwaltung benannt, wie ungeeignete EDV und fehlender Außendienst. Beispielsweise würden „Wohnungsanmeldungen vom EDV-System auch noch für den 400. Bewohner eines Gebäudes akzeptiert, ohne dass eine Alarmfunktion eingerichtet werden kann“. Die Struktur des Mannheimer Wohnungsmarktes und insbesondere die mangelhafte Verfügung über quantitativ und qualitativ genügenden Einweisungswohnraum wird nicht problematisiert. Als „Lösungsweg“ wird empfohlen: „Ganzheitliche Herangehensweise – Stadt und Polizeipräsidium Mannheim. / Entdeckungs- und Verfolgungsrisiko regelwidrigen Verhaltens erhöhen / Konsequentes und niederschwelliges Einschreiten (Außendienst) / Adäquate Öffentlichkeitsarbeit und griffiges Controlling (Kennzahlen)“.

Rückblickend stellt der OB selbstkritisch fest, man habe anfangs vor allem „ordnungspolitisch“ reagiert.

Im November 2012 nimmt der Gemeinderat einstimmig, also auch mit der Stimme der Linken, einen Beschlussvorlage an: „Neuere EU-Binnenzuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Sachstandsbericht und erste Handlungsempfehlungen“. Darin enthalten die

„außerplanmäßige Einrichtung eines Integrationsfonds i.H.v. 300 000 Euro zur Umsetzung bedarfsgenauer und flexibler Integrations-, Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen für bulgarische und rumänische Zuwanderer nach Mannheim sowie zur Unterstützung und Entlastung der von dieser Zuwanderung betroffenen Stadtteile“.

Aber zweitens auch:

„Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung eines Informations- und Außendienstes zu, um das Angebot einer umfänglichen Erstinformation und -orientierung der Neuzuwanderer bei der behördlichen Anmeldung sicherzustellen und eine kontinuierliche Nachschau und Ermittlung der Melde- und Wohnsituation zu gewährleisten, auch um mögliche Gefährdungslagen bau-, feuerpolizeilich- oder infektionsschutzrechtlicher Art erkennen und diesen begegnen zu können. Hierzu bewilligt der Gemeinderat die temporäre Einsetzung von bis zu sechs zusätzlichen Vollzeitstellen ab Beginn des Jahres 2013 bis zunächst Ende 2014 (mit einem außerplanmäßig zu bewilligenden Finanzvolumen von maximal 300 000,- Euro jährlich).

Dieser Beschluss stellt erstmals eine wirkliche Hilfe in Aussicht aber gleichzeitig eine Präzisierung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen. Die Hilfe kam ausweislich einer Rechenschaftslegung vom März 2014 auf Grundlage von 89 Anträgen 29 Projekten zugute, von Caritas bis zu einer engagierten Einzelperson, die mit dem Projekt „busgirls.de“ mit migrantischen Mädchen aus dem Stadtteil Jungbusch EDV-Kurse durchführte und so auch in die Lage kam, ganze Familien im Gezerre mit den Behörden zu unterstützen.

Die Behörden freilich – nun auch mit muttersprachlichem Personal „bewaffnet“ – legten noch so mancher Frau das Handwerk, wenn sie im Gastronomiebereich statt in Schwarzarbeit für 3 Euro mit Gewerbeschein „selbstständig“ putzen ging. Nun wurde unter Ausschluss von Begleitern und Beratern auf dem Amt muttersprachlich heraus-

gearbeitet, dass der Putzeimer, wenn er vom Kneipenbesitzer gestellt wird, klarer Beweis einer Scheinselbstständigkeit ist. Das Gewerbescheinregister wird fortlaufend „bereinigt“.

Besonders problematisch ist das Thema „Schrott-Immobilie“: Inzwischen hat die Verwaltung 105 solcher Gebäude ausgemacht und die Eigentümer per Brief ermahnt, die feuerpolizeilichen und sonstigen Richtlinien einzuhalten und auch keine Überbelegung zuzulassen. Immer wieder einmal kommt es zur Räumung solcher Immobilien durch die Stadt. In einer Antwort auf eine Anfrage des Bezirksbeirates Schönau findet sich folgende Darstellung:

„Der FB 50 [Sozialamat] ist ordnungsrechtlich verpflichtet bei Gefahr in Verzug entsprechende polizeirechtliche Unterbringungen vorzunehmen.

Um die Zuwanderer nicht in teuren Hotels unterbringen zu müssen, greift der FB 50 hier auf beschlagnahmte Wohnungen zurück. Aus diesem Grund werden GBG-Wohnungen, die perspektivisch zum Abriss vorgesehen sind und in der Entmietung befinden, auch im Stadtteil Schönau beschlagnahmt. (...) Davon wurden 12 Wohnungen mit Familien belegt. (...) Bedauerlicherweise gab es auch einzelne Familien, bei denen mangelnde Hygiene in der Wohnung zu beobachten war, so dass insbesondere ein Befall mit Ungeziefer festzustellen ist. Die GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH wurde mit der Beseitigung des Ungeziefers durch eine Fachfirma beauftragt.

Neben den Problemen mit einzelnen Familien gibt es aber auch viele Zuwanderer, die integrationsbereit sind und eine „gute Nachbarschaft“ pflegen.“

Die „Befreiung“ vieler MigrantInnen aus ausbeuterischen und Wucherverhältnissen endet oft damit, dass nach einer „geordneten“ Zwischenstation sich die Spuren wegen Mietrückständen oder sonstiger Probleme verlieren. Die Menschen werden im Zweifelsfall ihre Odyssee in einer anderen deutschen Stadt von vorne beginnen.

Derweil fordert die Stadtverwaltung weiterhin endlich eine Reaktion des Bundes und der EU auf die speziellen Probleme der MigrantInnen aus den MOE-2-Staaten ein, z.B. die Sicherstellung der Krankenversicherung und die Übernahme der Kosten der Unterkunft. Und man spricht nun öfter von den „Chancen der Migration für Mannheim“.

Diskussionfrage

Welcher Ansatz und welche Forderungen bringen hier eigentlich weiter? Handelt es sich um ein ursächliches MigrantInnenproblem oder um ein ursächlich sozial- und arbeitspolitisches Problem? Der DGB weist nicht ohne Grund auf die dringende Notwendigkeit des flächendeckenden Mindestlohns hin. Ist nicht auch der Missbrauch von Minijobs durch die Arbeitgeber ein generelles Problem? Kommt die Misere der Grundschulen in armen Wohngebieten erst durch die neue EU-Binnenwanderung auf den Punkt? Sind preisgünstige Wohnungen nicht zunehmend ein generelles Problem? Sind die Matratzenlager nicht die Wiederkehr der Unterbringungsart für einst italienische und türkische Neu-Proletarier in Deutschland? Handelt es sich nicht vorwiegend um die Pflicht, unmenschliche Zustände für die Menschen am „unteren Rand“ der Gesellschaft zu beseitigen durch rechtliche Besserstellung der Ausgebeuteten und Maßregelung der Ausbeuter, durch Sozialrechtsreformen, die die Garantie der grundlegenden Menschenrechte sicherstellen? Den Kampf gegen Rassismus immer einschließend. Allerdings ist der bulgarische Arzt am Mannheimer Klinikum auch weniger diskriminiert als der Tagelöhner im Jungbusch.

Zur deutschen EU- und Nato-Politik im Kontext der Ukraine-Krise – Welche eher neuartigen Merkmale zeichnen sich ab?

Von Hunno Hochberger

Fakt ist derzeit: es stehen sich gegenüber eine strukturell pazifistisch eingestellte öffentliche Kritik und eine davon letztlich unbeeindruckte bzw. stetig fortdauernd Formierung der öffentlichen Meinung vonseiten der Bundesregierung – abgestützt auf die ihr nahestehenden Medien – zwecks Aufbau einer Bedrohungskulisse. Dieses konsequente Durchziehen der einmal eingeschlagenen Linie stimmt äußerst nachdenklich – vor allem in Anbetracht der selbst von der medialen Unterstützerseite eingeräumten Umfragebefunde, wonach „zurzeit zwei Drittel der Bürger, Wähler, Leser gegen vier Fünftel der politischen Klasse, also gegen die Regierung, gegen die überwältigende Mehrheit des Parlaments und gegen die meisten Zeitungen und Sender [stehen]. Aber was heißt stehen? Viele laufen geradezu Sturm...“ (s. dazu unten 1.2.)! Desweiteren stimmt ebenso nachdenklich, dass diese Regierungslinie nicht nur gegenüber der angesprochenen öffentlichen Meinung aufrechterhalten wird – sondern auch gegenüber der Wirtschaft. Und zwar in einer – tatsächlich neuartigen – Weise, die gegenüber der Wirtschaft die Kommandogewalt über deren Außenhandelsbeziehungen (plus demgemäße Investitionen) reklamiert.

Hier weist die zustimmende diesbezüglichen Bewertung von Wolfgang Ischinger (s. dazu unten 1.3.) auf den erweiterten Kontext, in den dieses Regierungshandeln eingeordnet werden kann – immerhin handelt es sich um einen „Insider“, der zunächst Staatssekretär im Auswärtigen Amt war, dann von 2001 bis 2006 als Botschafter in den USA tätig war und dann zwei Jahre später den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz übernahm: „Es ist sehr wichtig, dass die Bundesregierung sich nicht etwa auf eine Linie eingeschossen hat, die diese Stimmung in der Bevölkerung oder gar die Interessen der deutschen Exportwirtschaft reflektiert. Frau Merkel hat einen ganz wichtigen Beitrag dafür geleistet, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht.“ Auf die Frage des Interviewpartners: „Warum?“ antwortet Ischinger: „Weil sich die Bundesregierung zu Recht eingebunden sieht in eine europäische Solidarität.“ Diese Begründung verweist darauf – wenn man sie entsprechend entschlüsselt, dass hier abgestützt auf die innere Ausrichtung der öffentlichen Meinung und der Außenhandelsbeziehungen in Deutschland dieselbe Formierung (aufbereitet als „europäische Solidarität“) auch innerhalb der EU herbeigeführt werden soll. Wenn gleich Ischinger mit seiner Feststellung: „Wir werden die Annexion der Krim nicht anerkennen“ nicht nur unmittelbar den Blick freigibt auf den Bezugspunkt für die „solidarische“ Zusammenführung der EU-Mitgliedsstaaten sondern hierüber auch ihre Zwecksetzung als Zusammenschluss gegenüber einer jüngst entstandenen bzw. seither fortdauernden „Bedrohung“ deutlich macht – kann daraus nicht ausreichend jener nahezu verbissen verfolgte o.a. Regierungskurs erklärt werden.

Hier müssen in Wahrheit viel tiefergehende Interessen strategischer Natur zugrundeliegen, die sich nicht nur bereits in der Vergangenheit entwickelt haben, sondern die auch weit ausgreifend in die Zukunft angelegt sind. Aus dem unten wiedergegeben analytischen Befund (s. dazu unten 1.2.) des stellvertretenden Chefredakteurs der „Zeit“ lässt sich dazu eine durchaus stichhaltige Schlussfolgerung ableiten: „Der Westen ist also militärisch an einem toten Punkt angekommen ... [...] Weicht er nun auch ... machtpolitisch zurück, nur weil ihm das Militärische kaum noch zur Verfügung steht? Damit sind wir zurück in der Ukraine. Sie ist gewissermaßen der erste Testfall in der (mehr oder weniger) postmilitärischen Phase westlicher Außenpolitik. [...] Das Verlegen von Bombern oder gar Truppen ist ein Säbelrasseln, von dem jeder weiß: Dieser Säbel wird niemals eingesetzt. Der Westen ist erkennbar noch nicht bei sich. Weder seiner militärischen Schwäche ist er sich wirklich bewusst noch seiner nach wie vor gigantischen wirtschaftlichen Stärke, die den Einsatz von Bombern in aller Regel überflüssig macht. [...]“

Diese hier angesprochene „gigantische wirtschaftliche Stärke“ ist innerhalb von drei zwischenstaatlichen Vertragsrahmen organisiert – in der EU, in der Nato und übergreifend in der OECD als dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der (ursprünglichen) Nato-Mitgliedsstaaten. Wenn man zum einen den mittlerweile bereits faktisch stattfindenden Wirtschaftskrieg der EU – u.a. abgestützt auf eine „Gasversorgungsrichtlinie“, die zukünftig auch Zwangsbewirtschaftung zuließe! (s. dazu unten ab 2.4.) – und der USA gegen Russland in Rechnung stellt. Und wenn man hier zum andern den am 13.3.2014 durch die OECD erfolgten Abbruch der seit 2007 stattgehabten Beitrittsverhandlungen mit Russland (bzw. die stattdessen aufgenommen Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine) hinzunimmt, kann man die ersten Konturen jener zuvor angesprochenen „gigantischen wirtschaftlichen Stärke“ ausmachen. Und zwar bereits „in actu“ als erster Anwendungsfall jener oben angesprochenen „postmilitärischen Phase westlicher Außenpolitik“. Auf diesen Anwendungsfall wurde seitens der Bundesregierung – wie wir Dank des ehemaligen EU-Kommissars Günter Verheugen wissen – bereits seit 2007 zielstrebig hingesteuert.¹ Und zwar parallel zu den von derselben Bundesregierung ebenfalls seit 2007 verstärkt ausgehenden Bemühungen um die Aufrichtung einer Transatlantischen Freihandelszone,² die der bereits bestehen OECD erst wirklich den Charakter einer „Wirtschafts-Nato“³ verleihen würde.

Was hier (wenn auch noch recht vage!) zum Vorschein kommt, ist der an die Bismarcksche Reichseinigungspolitik erinnernde „eiserne“ Wille der deutschen Seite zur politischen Ausmünzung der eigenen wirtschaftlichen Vorherrschaft innerhalb der EU – und vermittelt der EU auch innerhalb der zukünftigen Transatlantischen Freihandels-

1 „Verheugen zur EU-Russlandpolitik“ – in: Spiegel online, 19.5.2014

2 unter anderem: ‚Vor USA-Reise. Merkel wirbt für TAFTA‘ – in: n-tv, 3.1.2007; ‚Der Abbau von Handelshemmnissen ist aller Mühe wert‘ – in: F.A.Z., 28.4.2007

3 unter anderem: ‚Die Wirtschafts-Nato. Warum Wirtschaftsverbände auf eine Freihandelszone für die USA und Europa hoffen‘ – in: Süddeutsche Zeitung, 24.1.2013

4 Wilhelm Liebknecht [Vater von Karl L. und Mitstreiter von August Bebel]: ‚Die Emser Depesche oder wie Kriege gemacht werden‘; Nürnberg, Verlag Wörlein & Comp., 1891

► zone. Bismarck hat (Emser Depesche!) seinerzeit nicht nur vorgeführt, wie die Generierung einer Bedrohungskulisse⁴ nutzbar gemacht werden kann für die Integration verbündeter Staaten in eine (damals reichsdeutsche) „Solidarität“. Sondern er hat damals auch aufgezeigt, wie darüber zugleich eine tatsächliche in die Tiefe gehende Integration dieser verbündeten Staaten in einem einheitlichen Gebilde bewerkstelligt werden kann. Eine solche Integration wäre heutzutage die Voraussetzung dafür, dass die – auf die EU abgestützte – wirtschaftliche Vorherrschaft der deutschen Seite auch innerhalb der angestrebten Transatlantischen Freihandelszone ähnlich zum Tragen kommen kann.

Es bleibt an dieser Stelle die sich aufdrängende Frage nach einer möglichen militärischen Wiedererstarkung der deutschen Seite im Kontext der zuvor entwickelten Perspektive übrig. Von der Leyen verfolgt hier jenes Konzept (s. dazu unten 3.2.), das ihr von de Maizière hinterlassen

wurde: „[Wir]...müssen mehr lernen, dass wir miteinander uns modern aufstellen und klarmachen miteinander, was wollen wir als Fähigkeiten haben, [...] und wie erreichen wir das zusammen, nicht jeder für sich alleine..., sondern wie erreicht man das besser zusammen? Das ist der Grund gewesen, warum Deutschland, warum wir das Rahmennationenkonzept eingebracht haben, das den Gedanken hat, dass man größere Rahmennationen hat, die breit Fähigkeiten zur Verfügung stellen, aber die kleineren Nationen dann ganz gezielt hohe Spezialisierung mit einbringen, sodass das ein Gesamtbild ergibt. Ich halte das für richtig. [...]“ Unzweifelhaft könnte darüber auch auf dem Feld des Militärischen ein solches Maß an integrierender Anbindung verbündeter Staaten bewirkt werden, dass sich daraus auf mittlere bis längere Sicht ein wesentlich gesteigertes eigenes Format ergeben mag. Ob es soweit kommen wird, muss an dieser Stelle dahingestellt bleiben.

DOKUMENTATION

1. Politik und öffentliche Meinung

1.1. „Aus gutem Grund ist nach Umfragen die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen Wirtschaftssanktionen.“

„Die derzeitige Lage um die Ukraine könnte von außen auch als Win-win-Situation betrachtet werden. Russland und die überwiegend russische Bevölkerung der Krim haben ihre heftig gewünschte Wiedervereinigung, und die Ukraine wendet sich, wie von der nunmehr regierenden Protestbewegung des Maidan angestrebt, dauerhaft dem Westen zu. Allerdings sehr wahrscheinlich nur dann dauerhaft, wenn die versprochenen Milliarden an Hilfszahlungen auch fließen. Diese Milliarden sind für die Ukraine unerlässlich, um die völlig marode Wirtschaft zu sanieren und die von den neuen Machthabern gewünschte Aufrüstung der Armee und der neuen Nationalgarde zu finanzieren.

Es wäre ausgesprochen töricht, auch im Hinblick auf die geldbedürftige Ukraine, die deutsche Wirtschaft mit einem Wirtschaftskrieg gegen Russland in die Knie zu zwingen. Dies würde Russland, der Ukraine, der EU und speziell Deutschland massiv schaden, den USA nützen und England kaum berühren. Aus gutem Grund ist nach Umfragen die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen Wirtschaftssanktionen. Politiker aller Couleurs sollten diesen Volkswillen nicht missachten!“

Quelle: „Die Mehrheit der Deutschen ist gegen Wirtschaftssanktionen“, Beitrag in der ‚Badischen Zeitung‘ vom 5.4.2014

1.2. „Sterben für die Ukraine... ist... gewiss ausgeschlossen. Soll aber darum auch schon Frieren für die Ukraine dem Westen zu viel sein? Sind ernsthafte Sanktionen undenkbar geworden?“

„Was bei uns gerade im Streit um Russland und die Krim passiert, habe ich in dreißig Jahren Debatterfahrung noch nicht erlebt. Es gab Themen, die das Land tief gespalten haben, wie die Atomkraft, und solche, die über Jahre Millionen Menschen auf die Straße gebracht haben, wie die Nato-Nachrüstung. Sogar eine Diskussion, bei der – wie auch jetzt – veröffentlichte und öffentliche Meinung schroff gegeneinanderstanden, hat es vor vier Jahren schon einmal gegeben. Doch erscheint die Sarrazin-Kontroverse gemessen an der Russlanddebatte im Nachhinein gut erklärlich und leicht fassbar.

Wenn die Umfragen nicht täuschen, dann stehen zurzeit zwei Drittel der Bürger, Wähler, Leser gegen vier Fünftel der politischen Klasse, also gegen die Regierung, gegen die überwältigende Mehrheit des Parlaments und gegen die meisten Zeitungen und Sender. Aber was heißt stehen? Viele laufen geradezu Sturm, bei

den Leserbriefen scheint der Anteil der Kritiker noch deutlich höher zu sein als seinerzeit anlässlich von Sarrazins Buch. [...]

Geschichte spielt eine Rolle, aber zunächst mal nicht die des letzten oder vorletzten Jahrhunderts (die Alten allein ergeben schließlich keine Zweidrittelmehrheit), sondern die der letzten 13 Jahre. [...] Seit 9/11 hat der Westen Kriege geführt, die unter höchstem moralischem Aufwand begründet wurden und die am Ende doch vergeblich waren (Afghanistan) oder sich als reiner Betrug herausstellten (Irak). Man muss sich noch einmal vor Augen führen, mit welchem Pathos George W. Bush oder Tony Blair seinerzeit vor die Weltöffentlichkeit getreten sind und wie sie am Ende alle enttäuscht und getäuscht haben, um jetzt die Milde zu verstehen, mit der viele über Putin urteilen. So inflationär haben damals viele westliche Politiker das Wort Freiheit benutzt, um Kriege zu begründen, dass heute die meisten schon Krieg hören, wenn das Wort Freiheit außerhalb von Sonntagsgreden fällt. Wenn die einen von Demokratie sprechen, dann sehen die anderen schon die F-16-Bomber aufsteigen.

Aus dieser Zeit stammt übrigens auch die tiefe Skepsis gegenüber Sanktionen. Sie dienen gegenüber dem Irak eben nicht als Ersatz für militärische Mittel, sondern als deren Vorstufe. [...] Und wenn der russische Präsident nun behauptet, er fühle sich vom Westen bedrängt, dann denken viele bei uns: ich auch. [...]

Nach demselben Muster funktioniert auch der gewissermaßen unterirdische Konsens zwischen russischer und deutscher/europäischer Mehrheit beim Thema Europa. Putin behauptet, die EU habe ihn mit ihrem Assoziierungsabkommen für die Ukraine in eine Zwangslage gebracht. Man könnte darauf wetten, dass die allermeisten Menschen innerhalb der EU genauso überrascht davon waren, dass da mal wieder jemand assoziiert werden sollte. Um es hart und populistisch auszudrücken: Hätte man die Europäer gefragt, ob sie gern perspektivisch noch so ein Rumänien, Bulgarien oder Griechenland näher an die EU heranholen möchten, dann hätten sie vermutlich Nein gesagt oder: geschrien. [...]

So oder so: Die Mehrheit empfindet offenbar nicht nur gegenüber Washington diese unheilvolle Mischung von fremder Anmaßung und eigener Ohnmacht, sondern auch gegenüber Brüssel. In Fall der Krimkrise kommt beides zusammen.

Und das ist noch nicht alles. [...] Beim Thema Medien gibt es ein tief greifendes Missverständnis. Viele Menschen empfinden sie als eine schwer beeinflussbare Macht... [...]

In Deutschland kommt jedoch noch etwas Entscheidendes hinzu: Geschichte. [...] Die Nachkriegszeit war bei uns geprägt vom Ringen um Verdrängen oder Akzeptieren des Holocausts,

von der deutschen Schuld an der Ermordung von sechs Millionen Juden. Andere Arten der Schuld blieben dahinter zurück, auch die am Tod von Millionen Russen. Der Anteil der sowjetischen Soldaten an der Befreiung Europas von Hitler stand im (west-)deutschen Gedenken weit zurück hinter dem der Westalliierten. Es gibt Gründe dafür, dass die Russen sich von der deutschen Erinnerungspolitik zu wenig gewürdigt finden, es gibt folglich Anlass für ein schlechtes Gewissen ihnen gegenüber. [...]

Die ganze Diskussion über Russland und Putin wird von der Unterstellung vergiftet, dass es einigen um viel mehr geht als um die Krim und die Ukraine. Diese Unterstellung trifft bei mir zu. Und das hat zu tun mit einer anderen Lesart der letzten 13 Jahre. – Die militärischen Interventionen des Westens in dieser Zeit sind für mich keineswegs Ausdruck einer imperialen Grundstimmung, die sich von Afghanistan bis Libyen jeweils andere Schauplätze gesucht hat. Ich deute sie ganz verschieden, mal als ideologisch motivierten Irrtum (Irak), mal als Tragödie (Afghanistan), mal als legitim (Libyen). Doch unabhängig davon, wie man diese Kriege bewertet, in der Summe haben sie zur Demilitarisierung des Westens beigetragen, moralisch und materiell. Wir sind immer weniger zur Intervention bereit, und die Rüstungsausgaben sinken, jetzt sogar in den USA. [...]

In Deutschland verlief diese Entwicklung besonders rasch und radikal. Die Enttäuschung Afghanistan wurde nie richtig verarbeitet, zum Irakkrieg hat man Nein gesagt, zur Intervention in Libyen auch. Die jeweiligen Begründungen dafür, nicht mitzumachen, waren indes von der Art, dass man sich schwerlich überhaupt noch irgendeine größere militärische Intervention vorstellen kann, an der die Deutschen teilnehmen würden. Und wenn, dann nur unter hohem Druck der Verbündeten.

Doch hat sich auch im Falle der USA und Großbritannien spätestens in Syrien gezeigt, dass die moralisch-politische Interventionsfähigkeit dieser beiden Länder mittlerweile gegen null tendiert. Der US-Präsident hatte gegenüber dem syrischen Regime eine rote Linie gezogen (Giftgas) und war dann nicht mehr in der Lage, zu handeln, als sie überschritten wurde. Auch David Cameron brach sofort die parlamentarische Legitimation weg.

Der Westen ist also militärisch an einem toten Punkt angekommen, weitere Großoperationen nach dem Vorbild der vergangenen 13 Jahre sind extrem unwahrscheinlich. Das kann man gut oder schlecht finden, aber die historische Frage, die nun im Raum steht, lautet: Verliert der Westen mit seinem letzten Mittel auch die Kraft, für seine innersten Werte zu kämpfen? Weicht er nun auch moralisch und machtpolitisch zurück, nur weil ihm das Militärische kaum noch zur Verfügung steht?

Damit sind wir zurück in der Ukraine. Sie ist gewissermaßen der erste Testfall in der (mehr oder weniger) postmilitärischen Phase westlicher Außenpolitik. Dass es keine militärische Lösung dieses Konflikts geben kann, haben alle führenden westlichen Politiker von Anfang an betont. Sterben für die Ukraine, das ist also ganz gewiss ausgeschlossen. Soll aber darum auch schon Frieren für die Ukraine dem Westen zu viel sein? Sind ernsthafte Sanktionen undenkbar geworden? Suchen wir nach Argumenten, um nichts tun und nichts riskieren zu müssen?

Mit dieser Frage im Kopf liest sich die gegenwärtige Lage besorgniserregend. Der Westen hat gegen die Annexion der Krim nicht mehr beschlossen als die mildesten Sanktionen, seit es Sanktionen gibt. Erst für eine weitere militärische Intervention in der Ukraine drohen wirtschaftliche Strafmaßnahmen. Und schon gegen dieses bisschen Ermahnung werden in Deutschland Argumente aufgeboten, als drohe die Zerschlagung des russischen Reiches.

Geholfen hat an diesem Punkt allerdings auch nicht eben, dass vonseiten der USA, von der plötzlich aus dem Sarg schnellenden Nato und sogar von Ursula von der Leyen dann doch wieder ziemlich viel dahergeredet wurde über militärische Mittel, die eigentlich niemand anwenden will. Das Verlegen von Bombern oder gar Truppen ist ein Säbelrasseln, von dem jeder weiß: Dieser Säbel wird niemals eingesetzt. Der Westen ist erkennbar noch nicht bei sich. Weder seiner militärischen Schwäche ist er sich

wirklich bewusst noch seiner nach wie vor gigantischen wirtschaftlichen Stärke, die den Einsatz von Bombern in aller Regel überflüssig macht. [...]"

Quelle: „Wie Putin spaltet. Woran liegt es, dass so viele Bürger die Krimkrise ganz anders beurteilen als Politik und Medien?“, Beitrag in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 10.4.2014

1.3. Es stellen sich somit „... ganz neue Anforderungen an die kommunikative Fähigkeit der Bundesregierung, der Bevölkerung zum Teil sehr komplexe außenpolitische Interessenlagen zu erläutern.“

„HuffPost: Hier bei uns gibt es viele, die viel Verständnis für Putin haben, die sagen, wir hätten seine Interessen übersehen. Wie ist das zu verstehen?“

Ischinger: Es ist in der Tat so, dass unsere Nato-Partner im Osten, unsere polnischen Nachbarn, unsere baltischen Freunde und andere mit Sorge und Verwunderung zur Kenntnis nehmen, dass der Grad des Verständnisses in erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung für das russische Vorgehen diplomatisch gesagt ausgeprägter ist, als man sich das möglicherweise wünschen möchte. Warum ist das so?

HuffPost: Das hat damit zu tun, dass unsere Bevölkerung seit fünfundsiebenzig Jahren der russischen Seite dankbar dafür ist, dass sie die Wiedervereinigung ermöglicht hat.

Ischinger: Genau. Wir haben jetzt fast eine ganze Generation hindurch gelernt, dass Russland unser Freund und Partner ist, deswegen fällt es vielen Deutschen schwer zu verstehen, dass Präsident Putin offensichtlich der Geduldssaden greifen ist. Er hat hier zu Methoden gegriffen, die schlicht und ergreifend das Völkerrecht verletzen. Die Annexion der Krim ist ein erheblicher Vertrauens- und Völkerrechtsbruch, und es fällt in der Tat manchen Deutschen schwerer als unseren polnischen oder anderen Nachbarn, das zu verstehen.

HuffPost: Welche Figur macht die deutsche Regierung angesichts dieser Situation Ihrer Auffassung nach?

Ischinger: Es ist sehr wichtig, dass die Bundesregierung sich nicht etwa auf eine Linie eingeschossen hat, die diese Stimmung in der Bevölkerung oder gar die Interessen der deutschen Exportwirtschaft reflektiert. Frau Merkel hat einen ganz wichtigen Beitrag dafür geleistet, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht. Diese Stimme hat vielleicht auch in Moskau Erstaunen hervorgerufen. Putin hat sich ja in seiner großen Rede ausdrücklich an die Deutschen gewandt und er wird sich wundern, warum die Bundesregierung darauf nicht so eingeht.

HuffPost: Und? Warum?

Ischinger: Weil sich die Bundesregierung zu Recht eingebunden sieht in eine europäische Solidarität. Und da ist noch was: Ähnlich wie bei innenpolitischen Themen – denken Sie an Stuttgart 21 – will der deutsche Bürger, auch der deutsche Wutbürger, heute bei außenpolitischen Entscheidungen, die früher ein kleiner elitärer Kreis traf, mitreden. Das stellt ganz neue Anforderungen an die kommunikative Fähigkeit der Bundesregierung, der Bevölkerung zum Teil sehr komplexe außenpolitische Interessenlagen zu erläutern.

HuffPost: Das wird schwer. Wir wissen, Deutsche sind pazifistisch und wir wissen, wie die Welt draußen ist.

Ischinger: Das ist in der Tat nicht einfach. Die Herausforderung für die Bundesregierung ist: Wir müssen mehr erklären, wir müssen mehr begründen und besser als früher. Wir müssen uns der Debatte nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern in der Öffentlichkeit in einer viel umfassenderen Weise stellen, als man das vor zehn oder fünfzehn Jahren für möglich gehalten hätte.“

Quelle: „Wir werden die Annexion der Krim nicht anerkennen“, Interview mit Wolfgang Ischinger in der „Huffington Post“ vom 26.3.2014

2. Politik und Wirtschaft

2.1. Unterordnung der Wirtschaft unter die Politik bzw. Benutzung der Wirtschaft als Waffe? „[Häufig ist es so]... , dass die wirtschaftlichen Beziehungen ein wenig vorne wegrollen und die Politik hinterherkommt. Manchmal ist es aber auch umgekehrt.“

„Müller: Herr Handke, werden Sie so langsam nervös? [...] Keine Angst... vor möglichen Wirtschaftssanktionen?“

Handke: Angst ist nicht der richtige Ausdruck. Wir machen uns natürlich Gedanken darüber, wie es weitergehen wird, und es wird natürlich diskutiert, was ist, wenn die Politik sozusagen mit ihrem Arsenal am Ende ist und ihnen nichts anderes mehr einfällt, als uns als Waffe einzusetzen. [...] Wenn man uns als Waffe einsetzen will, können wir sagen, was ist im Magazin und was hat die Gegenseite.

Müller: Wenn Sie das so benutzen und sagen, Sie werden möglicherweise als Waffe eingesetzt, wenn Wirtschaftssanktionen kommen, heißt das, sie werden geknebelt, die deutschen Unternehmen, und sie werden missbraucht?

Handke: Nein, so kann man das nicht sehen. Auch wir blicken natürlich mit großer Sorge auf das, was dort passiert, denn dass das hier ein eklatanter Bruch des Völkerrechts ist, ist offenkundig, und so gesehen werden wir selbstverständlich da mit einem Strang ziehen. Wenn die Politik sich entscheidet, Sanktionen zu verhängen, dann wird die Wirtschaft das natürlich mittragen. Aber es gibt eine Menge von Aspekten, die man da vorher berücksichtigen sollte, bevor man eine solche Entscheidung fällt.

Müller: Sie sagen, Angst ist nicht das richtige Wort. Ist es bestimmt auch nicht. Sie sagen, Sorge, Befürchtungen. Dann geben Sie uns ein Beispiel. Was droht im Falle von Sanktionen?

Handke: Nun, da kann man zunächst mal auf die bekannten Zahlen hinweisen. 36 Milliarden... haben wir im letzten Jahr an Russland verkauft, 40 Milliarden in Gegenrichtung. Das ist ein Riesenvolumen. Über 6000 deutsche Unternehmen sind in Russland engagiert. Wir haben über 20 Milliarden dort investiert.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in den letzten 20 Jahren vorzüglich entwickelt und wir sind gute Partner geworden. Das aufs Spiel zu setzen, ist schon eine Hausnummer. Das muss man sich gut überlegen.

Müller: Herr Handke, 6000 deutsche Firmen, sagen Sie, machen Geschäfte. Dann sind circa 300 000 Arbeitsplätze offenbar damit verbunden, direkt oder indirekt, beziehungsweise gegebenenfalls dann noch mehr. Das ist aber das, was man direkt zuweisen kann, 300 000 Arbeitsplätze. Man weiß nicht, wie Sanktionen, wenn sie kommen, ausfallen werden. Mit welchen Konsequenzen rechnen Sie da konkret? [...]

Handke: Nun, das wird natürlich davon abhängig sein, welche Sanktionen verhängt werden. Das ist ja eine Skala von null bis hundert. Das Volumen, das auf dem Tisch liegt, ist klar und genau benannt worden ist ja bisher nicht, was man vor hat. Im Moment sind wir noch im Bereich von politischen Sanktionen, das halten wir auch für völlig richtig, wie wir überhaupt der Ansicht sind, dass die Strategie der EU und auch der Bundesregierung bisher eigentlich völlig richtig ist, nicht gleich die Axt raus holen und zurückschlagen, sondern versuchen, den Partner an den Tisch zu holen, um mit ihm über die Dinge zu reden. Dann wird man möglicherweise, wenn man dann doch zu Wirtschaftssanktionen greift, peu à peu versuchen, in irgendeiner Weise Schmerz auf der Gegenseite zu erzeugen.

Müller: [...] Wie groß ist da jetzt schon der Schaden...? [...] Der Schaden für Russland, damit auch Schaden für deutsche Unternehmen?

Handke: [...] Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland genauso reibungslos und erfolgreich fortentwickeln werden, wie das in den vergangenen Jahren gewesen ist. Das wird jetzt erst mal zu einem Bruch, zumindest

zu einem Stillstand führen, und es kommt sehr darauf an, wie sich die politischen Beziehungen zu Russland in den nächsten Jahren entwickeln werden. [...] Nun ist es häufig so, dass die wirtschaftlichen Beziehungen ein wenig vorne wegrollen und die Politik hinterherkommt. Manchmal ist es aber auch umgekehrt. Zumindest ist das ein gegenseitiges Verhältnis, und wenn die politischen Beziehungen schwer geschädigt sind – und das sind sie im Moment –, bleibt das nicht spurlos an der Wirtschaft vorbei. [...]

Quelle: „Wirtschaftssanktionen gegen Russland – Das muss man sich schon gut überlegen“; Interview. Dirk Müller im Gespräch mit Gerhard Handke / Hauptgeschäftsführer des Groß- und Außenhandels-Verbandes BGA. Beitrag im Deutschlandfunk vom 18.3.2014

2.2. Anprangerung des „völligen Ausblendens politischer Dimensionen beim Geschäftemachen“, etwa von RWE und Rheinmetall: „[Diese Unternehmen]... können sich darauf einstellen, dass die Politik sich mit Hilfe der Aufsichtsmöglichkeiten mit ihnen beschäftigt. Zeit dafür wäre es.“

„Dass der Energiekonzern RWE am Tag der Krim-Abstimmung bekanntgibt, die Ölfördertochter RWE Dea an einen russischen Großinvestor zu verkaufen, ist politisch unsensibel und in der Sache bedenklich. Ebenso wie die in diesen Tagen weiterbetriebene Übernahme deutscher Erdgasspeicher durch den russischen Gasriesen Gazprom. Dass Rheinmetall heute erklärt, am Export von Simulationstechnik für ein Gefechtsübungszentrum nach Russland festhalten zu wollen, weil man ja seine Vertragspflichten erfüllen wolle, ist der traurige Höhepunkt des offenbar völligen Ausblendens politischer Dimensionen beim Geschäftemachen. [...] Hier ist letztlich auch ein Versagen der politischen Interessenvertretungen der Unternehmen festzustellen. Die Dachverbände der deutschen Wirtschaft haben nicht nur eine Aufgabe nach außen; also etwa ihre Wünsche zur Energiegewende in den Berliner Regierungsbetrieb einzuhämmern. Sie sollten – nach innen – ihre Mitgliedsunternehmen auch für die Sicht der Politik auf deren Geschäfte sensibilisieren. Das ist im Fall der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland gründlich danebengegangen. [...] Die Konsequenzen werden die Unternehmen, die mit Russland Geschäfte machen, nun zu tragen haben. Sie können sich darauf einstellen, dass die Politik sich mit Hilfe der Aufsichtsmöglichkeiten mit ihnen beschäftigt. Zeit dafür wäre es. Auch wenn die Uhren von Politik und Wirtschaft anders ticken.“

Quelle: 'Deutsche Wirtschaft und Russland – Politisch unsensibel'; Beitrag von Wirtschaftsredaktions-Leiter Klemens Kindermann im Deutschlandfunk, 19.3.2014

2.3. Merkel aus Anlass des Münchner Spitzengesprächs der deutschen Wirtschaft: „Der Handel mit Russland ist zwar vorhanden. Aber er macht nicht das gesamte deutsche Wirtschaftsengagement aus.“

„BK'in Merkel: [...] Ich bedanke mich auch für das Vertrauen in unser außenpolitisches Vorgehen in einer nicht ganz einfachen Zeit. Ich habe den Dreiklang von Gesprächen, Hilfen für die Ukraine und, wenn nicht anders möglich, auch Sanktionen noch einmal erläutert. [...]

Frage: Ich habe die gleiche Frage an die Frau Bundeskanzlerin und an Herrn Grillo. Viele in der Wirtschaft befürchten bei verstärkten Sanktionen gegen Russland Einbußen im wirtschaftlichen Austausch mit Russland. Wie sehen Sie diese Gefahr, Frau Bundeskanzlerin, und wie sehen Sie das, Herr Grillo?

BK'in Merkel: Ich glaube, jetzt ist es erst einmal wichtig, dass wir konsistent handeln. Das heißt, wir müssen einfordern, dass internationales Recht gelten muss und dass Verletzungen des internationalen Rechts nicht einfach unkommentiert bleiben oder ohne jede Wirkung passieren können. Das ist letztendlich auch

für die deutsche Wirtschaft wichtig; denn die Einhaltung von verlässlichen Rahmenbedingungen ist für jedes wirtschaftliche Engagement von großer Bedeutung. Deshalb freue ich mich darüber, dass ich Äußerungen von der Wirtschaft gehört habe, die uns da Unterstützung gibt. [...]

Grillo (BDI): Ich kann das nur unterstützen. Unsere Hoffnung ist, dass wir zu einer Deeskalation kommen und dass wir das Ganze im Dialog noch hinbekommen. Wenn ich „wir“ sage, dann ist das falsch; denn das ist natürlich Aufgabe der Politik. Selbstverständlich sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr wichtig. Wir haben 76, fast 80 Milliarden Euro Wirtschaftsbeziehungen in die eine und in die andere Richtung. Sanktionen würden diesen Wirtschaftsbeziehungen und vor allem dem Vertrauen in den Beziehungen nicht nützen. Aber Völkerrecht geht für mich, für uns über alles. Insofern muss man das beachten. Es ist auch nicht Aufgabe der Wirtschaft, über diese Maßnahmen zu reden. Wir sollten das unsererseits nicht groß diskutieren. [...] Ich kann nur hoffen, dass wir da zu einer vernünftigen Lösung kommen.

BK'in Merkel: Ich darf vielleicht noch eine Zahl nennen, die mir gestern beim Besuch des tschechischen Premierministers klar geworden ist. Wir haben einen großen Handel mit Russland – Herr Grillo hat die Zahl eben genannt –, nämlich 76 Milliarden Euro. Aber wir haben zum Beispiel auch mit der Tschechischen Republik einen Handel von über 60 Milliarden Euro, nur um einmal die Dimensionen zu zeigen. Der Handel mit Russland ist zwar vorhanden. Aber er macht nicht das gesamte deutsche Wirtschaftsengagement aus. Ich glaube, auch von russischer Seite gibt es durchaus Interessen an guten Wirtschaftsbeziehungen; sie sind nicht einseitig. Wir haben Interessen, aber auch die andere Seite hat Interessen.“

Quelle: Die Bundeskanzlerin. Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel zum Münchner Spitzengespräch der deutschen Wirtschaft, 14.3.2014 – Mitschrift

2.4. Politik und Wirtschaftskrieg. „Maßnahmen gegen Russland“: „[...] mittel- und langfristig könnten wir mit weniger Gas im Energiemix ihnen einen enormen wirtschaftlichen Schaden zufügen.“

2.4.1. Deutschlandfunk – Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag (CDU), Michael Fuchs. Beitrag vom 20.3.2014

Bettina Klein: [...] Herr Fuchs, die deutsche Wirtschaft sorgt sich. Der Ostausschuss hat noch einmal gestern vor Wirtschaftssanktionen gegen Russland gewarnt. Muss die Außenpolitik auch im Fall Russland dringend Rücksicht auf deutsche Wirtschaftsinteressen nehmen?

Fuchs: Man kann da natürlich die deutsche Wirtschaft verstehen. Es gibt gute Kontakte mit Russland, über 6000 Firmen sind in Russland tätig und haben Geschäft mit Russland. Aber auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch das Völkerrecht betrachten. Die Russen haben grob und in einer Weise, die wir uns eigentlich nicht mehr vorstellen konnten, das Völkerrecht missachtet und haben die Krim in einer Weise eingenommen, die wir ihnen auch nicht zugetraut hätten. Da sind Antworten notwendig, das kann auch zu Wirtschaftssanktionen führen. [...]

Klein: Das heißt, Sie würden bei den Wirtschaftsverbänden und auch bei Unternehmen um Verständnis werben und versuchen, die doch noch zu überzeugen?

Fuchs: Das tue ich und ich werbe auch darum, glaube allerdings, dass wir andere Maßnahmen haben, die Russland mehr und intensiver treffen würden. Ich persönlich bin der Meinung, wir sollten intensiv darüber nachdenken, wie wir verhindern, dass Russland zu viel Geld bekommt, und das geht ziemlich einfach. Wenn wir weniger Gas und Öl, fossile Brennstoffe inklusive Kohle von Russland beziehen, dann haben wir weniger an Russland zu bezahlen, und ich denke, das trifft eigentlich viel schneller und wirksamer als Wirtschaftssanktionen. Denn

Wirtschaftssanktionen haben den Nachteil, dass sie umgangen werden. Das haben wir am Iran gesehen. Dort gibt es seit 15 Jahren Wirtschaftssanktionen und eigentlich erst in den letzten zwei, drei Jahren hat sich bemerkbar gemacht, im Iran bemerkbar gemacht, dass diese Sanktionen da sind.

Klein: Sie sprechen die Energieabhängigkeit, auch gerade was das Gas angeht, von Deutschland, aber auch von Staaten der Europäischen Union an. Nur wie realistisch ist denn das, relativ schnell Unabhängigkeit herzustellen?

Fuchs: Frau Klein, ich sehe da schon durchaus Möglichkeiten, denn wir haben in Europa mehrere Terminals für Flüssiggas, was wir beispielsweise aus Katar und aus dem Mittleren Osten beziehen könnten. Wir haben jede Menge Öl-Terminals, wir könnten Öl beispielsweise aus Nigeria, aus den USA, aus Venezuela, aus Mittelamerika etc. beziehen. Wir müssen nicht unbedingt russisches Öl und auch nicht unbedingt russisches Gas verheizen. Meiner Meinung nach wäre das schon ein durchaus spürbarer Fakt, denn in dem Moment würde natürlich auch die Rechnung der Russen an Deutschland beziehungsweise an Europa niedriger ausfallen und weniger Einnahmen für den russischen Staat da sein. [...]

Klein: Ich habe darüber gerade mit Martin Schulz gesprochen, dem SPD-Politiker und Präsidenten des Europaparlaments, und genau auch ihn danach gefragt. Wir hören mal kurz in seine Antwort hinein.

O-Ton Martin Schulz: „Da geht es um das Einfrieren von Konten, da geht es um die Energiewirtschaft, um den Import von Gas. Das hat auch Rückwirkungen auf uns selbst. Insofern wird man sehr vorsichtig sein, ob man diese dritte Stufe sofort verhängt.“

Klein: Sehr vorsichtig sein wegen der Auswirkungen natürlich auch auf die deutschen Wirtschaftsinteressen. Das überzeugt Sie aber nicht?

Fuchs: Nein! Ich bin der Meinung, dass wir klare Kante zeigen müssen. Es kann nicht sein, dass jetzt beispielsweise das, was Putin in der Krim getan hat, in der Ost-Ukraine weitergeht, oder auch gar noch in anderen Ländern, Transnistrien als Stichwort. Das darf nicht der Fall sein, denn Völkerrecht kann nicht weiter gebrochen werden. Das ist einmal und das war schon einmal zu viel. [...]

2.4.2. Deutschlandfunk – Interview der Woche. EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Gespräch mit Jörg Münchenberg. Beitrag vom 16.3.2014

„[...] Münchenberg: Sie haben ja schon gesagt: Russland ist... faktisch eigentlich mehr von den europäischen Märkten abhängig, was jetzt die Exporte angeht, als umgekehrt Europa von den dem russischen Markt. Trotzdem spielt auch Psychologie einmal eine wichtige Rolle – wir sehen das ja derzeit an den Börsen, da ist man hochnervös. Also ist da schon die Frage: Wenn das Ganze jetzt doch eskaliert – manche reden ja schon von einem drohenden Wirtschaftskrieg –, dass der Schaden doch dann auch für die europäische Wirtschaft, die ja auch noch sehr fragil ist, doch sehr erheblich sein könnte?“

Oettinger: Ja, aber die Bedeutung des russischen Marktes ist für unsere Industrie nicht annähernd so wichtig, wie es die europäischen Märkte für Russland sind. Wenn wir – was die Kanzlerin ja auch gesagt hat – den Einsatz von Armeen zum Schutz der Ukraine ausschließen...dann sind wirtschaftliche Sanktionen die wirkungsvollste oder fast einzige Möglichkeit, wirksam auf die Meinungsbildung in Moskau einzuwirken.

Münchenberg: Das heißt, Sie unterstützen ganz klar diesen Schritt? Es gibt ja auch ganz andere Stimmen. Selbst aus der Union melden sich jetzt schon manche Politiker zu Wort und sagen, das sei der falsche Weg, damit würde man auch Russland in die ▶

► *Enge treiben und nur den Konflikt weiter befeuern. Es gibt aus der Wirtschaft Stimmen, der Ost-Ausschuss hat da sich ja sehr kritisch geäußert – Sie würden aber unterstützen ganz klar: Wirtschaftssanktionen, wenn der Konflikt weiter eskaliert, Stichwort: Ost-Ukraine?*

Oettinger: Es geht ja nicht um eine völlige Beendigung der wirtschaftlichen Beziehungen. [...]

Münchenberg: [...] Da sind wir auch beim Stichwort Energie. Die große Sorge ist auch, Herr Oettinger, dass Russland seine Energieexporte in den Westen drastisch drosseln könnte. Deutschland, zum Beispiel, bezieht immerhin knapp 40 Prozent seiner Gasimporte aus Russland. Es gibt andere Staaten, da ist die Abhängigkeit noch viel größer – bei den baltischen Staaten, bei Ungarn, Bulgarien. Falls Russland diese Waffe wirklich einsetzen würde, wären dann die wirtschaftlichen Folgen nicht doch deutlich dramatischer?

Oettinger: Es ist völlig nachvollziehbar, dass Gas und Öl und Kohle für die russischen Partner die wichtigsten Sektoren sind. Und in der Tat, etwa ein Drittel unserer Verbrauchsmengen an Öl, Kohl und Gas stammen aus russischen Quellen und von russischen Firmen, die meist sogar mehrheitlich dem Staat gehören – Gazprom und Rosneft seien als Beispiel genannt. Aber wir haben jetzt einen milden Winter gehabt, wir haben unsere Speicher mit Gas relativ gut gefüllt. Und wir haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht, wir haben diversifiziert. Norwegen spielt eine immer stärkere Rolle, Algerien. Wir haben den Leitungsbau vorangebracht. Man kann heute viel mehr von dem einen Mitgliedstaat in einen anderen Gas transportieren – also von Belgien oder Frankreich nach Deutschland und umgekehrt. Wir haben eine Gasversorgungsdirektive die besagt, dass die Mitgliedstaaten für 30 Tage ihres Gasbedarfs für alle Bürger und Haushalte Vorräte anlegen müssen – auch dies wurde gemacht. Wir haben neue LNG-Terminals, also Häfen, um auf dem Schiffswege Flüssiggas aus Qatar, Nigeria oder Libyen und Algerien zu uns zu bringen. Das heißt, wir haben die Abhängigkeit durch Diversifikation deutlich verringert. Hinzu kommt, es ist eine gegenseitige Abhängigkeit. Die Russen haben Milliarden in Gasleitungen gesteckt. Nord Stream, zum Beispiel, gehört mehrheitlich Gazprom – eine durch die Ostsee führende neue, moderne Gasleitung. Und die Russen wollen ja Geld verdienen und nicht leere Gasleitungen unterhalten. Das heißt, die Bezahlung von Gas durch Euro und europäisches Geld, ist für die Russen genauso wichtig und ist ein entscheidender Faktor für ihr staatliches Budget und für ihre Einnahmen zur Finanzierung ihrer Aufgaben. [...]

Münchenberg: Ich möchte trotzdem an einem Punkt gerne noch mal nachhaken. Weil Sie sagten, Europa hat ja auch gelernt, man hat diversifiziert. Sie sagten das Stichwort, dass eben die Gasleitungen jetzt auch in beide Richtungen nutzbar wären zum Beispiel. Es gibt aber auch die Erwartung, dass dieser Konflikt doch relativ lange dauern wird wohl. Und da muss man auch sagen, selbst wenn die Gasspeicher jetzt alle gefüllt sind, der nächste Win-

ter kommt bestimmt. Man weiß nicht, ob der Konflikt bis dahin gelöst sein wird und auch Norwegen könnte natürlich jetzt nicht einen vollkommenen Wegfall von den russischen Gasexporten kompensieren. Das gehört doch auch zur Wahrheit dazu?

Oettinger: Wenn es im nächsten Winter, zum Beispiel, noch immer schwierig wäre mit Russland zu handeln, dann würde Gas zum einen teurer werden und zum Zweiten könnte man vielleicht nicht hundert Prozent der Mengen ausgleichen, aber wir würden ausreichend versorgt sein. Und hinzu kommt ein folgender Punkt: Die russischen Partner haben Interesse, dass sie langfristig mehr Gas nach Europa verkaufen. Wenn wir merken, dass Gas ein Instrument der Politik werden sollte, gegen die Europäische Union oder auch gegen die Ukraine oder gegen Moldawien oder gegen Georgien – also Länder, die uns wichtig sind, Partnerländer in der europäischen Energiegemeinschaft –, dann würden wir in unserer Energiepolitik mit Sicherheit weniger auf Gas setzen. Sondern entweder noch mehr erneuerbar ausbauen oder eben ein paar Kohlekraftwerke länger im Betrieb halten oder wir würden mit den Amerikanern über Flüssiggas aus den USA als Produkt nach Europa verhandeln. Das heißt, kurzfristig könnten die Russen uns Probleme bereiten – ich unterstelle dies gar nicht, dass sie es wollen, aber sie könnten es –, mittel- und langfristig könnten wir mit weniger Gas im Energiemix ihnen einen enormen wirtschaftlichen Schaden zufügen.

Münchenberg: Sie sagten: Diversifizierung. Nun haben ja die Russen die Ostseepipeline. Die ist gebaut, die ist auch sehr wichtig für die Gasversorgung. Es gibt ja noch eine zweite Röhre – South Stream. Da haben Sie nun angekündigt, die Gespräche jetzt ja erst einmal zu verzögern. Aber die Frage ist ja: Reicht das aus? Muss da Europa nicht trotzdem eine klarere Antwort finden? Man hat ja sozusagen – was manche kritischen Experten sagen – einen Zangengriff durch die Ostsee-Pipeline und dann die Pipeline im Süden.

Oettinger: Zunächst einmal ist jede neue Leitung willkommen, weil sie die Versorgungssicherheit verbessert. Und South Stream, das heißt ja nicht mehr Gas aus Russland, sondern mehr Transporte über eine Pipeline, die nicht durch die Ukraine führt. Also ist South Stream zunächst einmal ein Nachteil für die Ukraine, denn ihre Transitgebühren werden weniger. Für uns ist South Stream – als Europäische Union direkt besehen – egal. Was wir machen ist Folgendes: Sobald South Stream – die Leitung kommt aus Russland, geht durch das Schwarze Meer und kommt in Bulgarien an – sobald sie EU-Boden erreicht, gilt EU-Recht. Und die Europäische Kommission ist federführend in der Verhandlung mit den russischen Partnern, wie europäisches Recht, europäisches Umweltrecht als Beispiel, europäisches Vergaberecht als Beispiel und vor allen Dingen europäisches Wettbewerbs- und Binnenmarktrecht eingehalten wird. Und dass wir in diesen Tagen die Verhandlungen nicht beschleunigen, sondern verzögern – nicht absagen, South Stream nicht bekämpfen –, sondern im Augenblick die Arbeitsintensität in den Verhandlungen mit den Russen etwas vermindern. Das ist ein klares Zeichen... [...]"

3. Politik und Militär

3.1. „Die Krim-Krise hat... das Potenzial, das Bündnis langfristig zu verändern.“ „Und möglicherweise muss auch die Bundeswehrreform nachjustiert werden.“

„Kahramanmaras. Der Einsatz war schon fast in Vergessenheit geraten. Seit 14 Monaten sind rund 300 deutsche Soldaten mit ‚Patriot‘-Abwehrraketen in Kahramanmaras im Süden der Türkei stationiert, um den Nato-Bündnispartner vor Angriffen aus Syrien zu schützen. Der Ernstfall ist bisher nicht eingetreten. [...] Von der Leyen nennt den Einsatz in einer kurzen Ansprache vor dem Atatürk-Denkmal ‚ein leuchtendes Beispiel für Bündnis-solidarität. [...] Wegen der Krim-Krise fühlen sich auch andere Nato-Partner bedroht. Die Rumänen, die Polen und vor allem

die baltischen Staaten. ‚Dort herrscht schon echte Angst‘, sagte von der Leyen am Wochenende. Für Irritationen – auch innerhalb der Koalition – sorgte aber ein anderer Satz: ‚Jetzt ist für die Bündnispartner an den Außengrenzen wichtig, dass die Nato Präsenz zeigt. [...] Ähnliche Töne kommen aus dem Nato-Hauptquartier. Der Nato-Oberbefehlshaber Philip Breedlove zeigte sich am Wochenende hoch besorgt über die russische Truppenpräsenz an der Ost-Grenze der Ukraine – und zeigte ebenfalls Sympathien für eine Verlagerung von Nato-Kräften Richtung Osten. ‚Du kannst Dich dagegen nicht verteidigen, wenn Du nicht da bist, um Dich zu verteidigen‘, sagte der US-General. ‚Wir müssen uns anders positionieren und einsatzbereit sein. [...] Die Krim-Krise hat... das Potenzial, das Bündnis

langfristig zu verändern.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten konzentrierte sich die Nato auf Kriseneinsätze außerhalb des Bündnisgebiets wie in Afghanistan. Das schlug sich auch in der Bundeswehrreform nieder. „Die wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr“, heißt es in den verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011, die Grundlage für die Reform sind. Der größte Einsatz zur Krisenbewältigung von Bundeswehr und Nato, die Kampfmission in Afghanistan, läuft aber Ende des Jahres aus. Im September wird die Nato auf einem Gipfeltreffen in Wales darüber beraten, was danach kommt. Die Krim-Krise hat die Ausgangslage für das Treffen der 28 Staats- und Regierungschefs deutlich verändert. Und möglicherweise muss auch die Bundeswehrreform nachjustiert werden. [...]"

Quelle: Handelsblatt, 25.3.2014 „Nach der Türkei das Baltikum? Nato-Schutz für bedrohte Partner“

3.2. „[W]arum wir das Rahmennationenkonzept eingebracht haben“: „[Zugrunde liegt der Gedanke]... dass man größere Rahmennationen hat, die breit Fähigkeiten zur Verfügung stellen, aber die kleineren Nationen dann ganz gezielt hohe Spezialisierung mit einbringen, sodass das ein Gesamtbild ergibt“

„Im Interview mit Thielko Griefß vom Deutschlandfunk äußert sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur Situation in der Ukraine, zum Einsatz in Afghanistan und zu den militärischen Fähigkeiten der Nato. Das Gespräch fand vor dem Hintergrund des Nato-Verteidigungsministertreffens in Brüssel am 26. und 27. Februar statt.

Griefß: Die Nato will also die Ukraine ihrer Unterstützung versichern. Welche anderen Möglichkeiten hat die Nato, hat die Bundeswehr vielleicht auch neben Gesprächen und dem Gesprächsfaden, den Sie ansprechen?

Von der Leyen: Nun, das Wichtigste ist jetzt die Konzentration auf den politischen Dialog, das muss man ganz klar sagen, denn wir haben jetzt ja den Beginn einer Übergangsregierung. Man sieht, dass die Opposition kein Machtzentrum hat, sondern mehrere verschiedene Entscheidungszentren. Also wichtig ist, dass sich dort eine Regierung formiert, die als Ansprechpartner dient. Man darf nicht vergessen, dass die Ukraine in einer desaströsen wirtschaftlichen Situation ist, das heißt, sie braucht auch schnell ganz konkrete Hilfe.

Griefß: [...] Entschuldigung, Frau von der Leyen –, wenn ich diesen ganz praktischen Punkt einmal ansprechen darf: Wir wissen ja, die Übergangsregierung soll sich dann heute bilden. Aber das ist eine Phase des Übergangs in der Ukraine. Mit wem spricht man denn da, ganz praktisch?

Von der Leyen: Das muss sich herausstellen jetzt in den nächsten Stunden und Tagen. Wir werden heute mittag hier als Nato-Verteidigungsminister einen Vertreter der ukrainischen Übergangsregierung haben, uns wurde angekündigt ein stellvertretender Verteidigungsminister. Wir wissen noch nicht zur Stunde, wer das ist. Aber Sie merken daraus, in der Geschwindigkeit der Abläufe, dass sich das jetzt formiert und man innerhalb der



http://commons.wikimedia.org/wiki/Atlas_of_Ukraine#mediaviewer/File:Europe_location_UKR.png

Kräfte der ehemaligen Opposition, jetzt Übergangsregierung, die sich bildet – wir haben ja eine Rumpfregierung seit gestern, die auf dem Maidan vorgestellt worden ist und die heute im Parlament vorgestellt wird –, muss man sehen, wer sich da als die führenden Köpfe herauschälen. [...]"

Griefß: (...) Chuck Hagel, der Chef des Pentagons, des US-Verteidigungsministeriums, hat angekündigt, das US-Militär deutlich zu verkleinern. Muss die Bundeswehr im Bündnis, in der Nato, Frau von der Leyen, demnächst mehr Aufgaben übernehmen?

Von der Leyen: Nun, wir haben gestern sehr deutlich darüber gesprochen, dass innerhalb der Nato die Verteidigungsbudgets ganz klar begrenzt sind, das ist Folge auch der Finanzkrise, die man überall spürt, bei allen Mitgliedsländern. Aber es sind relativ viele Fähigkeiten, auch viele Mittel vorhanden, allein bei den europäischen Nato-Mitgliedern ist im Jahr ein Rahmen von 190 Milliarden Euro da, der aber zu wenig abgestimmt eingesetzt wird. Und wir müssen mehr lernen, dass wir miteinander uns modern aufstellen und klarmachen miteinander, was wollen wir als Fähigkeiten haben, [...] und wie erreichen wir das zusammen, nicht jeder für sich alleine...sondern wie erreicht man das besser zusammen? Das ist der Grund gewesen, warum Deutschland, warum wir das Rahmennationenkonzept eingebracht haben, das den Gedanken hat, dass man größere Rahmennationen hat, die breit Fähigkeiten zur Verfügung stellen, aber die kleineren Nationen dann ganz gezielt hohe Spezialisierung mit einbringen, sodass das ein Gesamtbild ergibt. Ich halte das für richtig. [...]"

Quelle: Interview mit Verteidigungsministerin Von der Leyen, Die Nato-Staaten müssen sich „miteinander modern aufstellen“ – Deutschlandradio; Brüssel, 27.2.2014.

Impressum: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgegeben vom Vorstand: Christoph Cornides und Brigitte Wolf.

Interview mit Mirko Messner zur Wahlallianz „Europa anders“

Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ, hat vor der EU-Wahl am 30. März auf Einladung von des Vereins für linke Kritik im Rahmen der Jahrestagung in Mannheim über die Wahlallianz „Europa anders“ berichtet. Das Wahlresultat liegt unterdessen vor, siehe Seite 19 dazu ein Kommentar von Mirko Messner und unten die Position des Bundesausschusses der KPÖ. Und hier ein kurzes Interview mit dem Autor über die Wahlallianz.

Unter dem Kurznamen „Europa anders“ hat sich in Österreich im März ein Wahlbündnis für die Wahlen zum Europäischen Parlament konstituiert. Wie kam es dazu und welche Kräfte bilden dieses Wahlbündnis?

Die Wahlallianz wurde von drei Parteien – KPÖ, Piraten und Wandel – sowie von der vierten „Partei“, den Unabhängigen, konstituiert und getragen. Die Parteien haben dazu einen Kooperationsvertrag geschlossen, in dem der politische Rahmenkonsens, und die organisatorischen Verbindlichkeiten – Rechte und Pflichten – festgelegt wurden. Der Kooperationsvertrag war das Ergebnis von zunächst bilateralen Gesprächen unter den drei Parteien, dann von mehreren kollektiven Beratungen und Treffen; z.

B. waren VertreterInnen der Piraten und des Wandel zu einer Sitzung des KPÖ-Bundesvorstands persönlich als Gäste eingeladen, um sich persönlich und ihre politischen Positionen vorzustellen, was sich als sehr produktiv erwiesen hat; umgekehrt waren Vertreterinnen der KPÖ und des Wandel Gäste auf der Bundesversammlung der Piraten, und haben dort auch gesprochen ...

In welchen österreichischen Bundesländern ist dieses Bündnis zur Europawahl angetreten?

In allen neun Bundesländern. Obwohl Martin Ehrenhauser, der auf dem Gründungskongress zum Spitzenkandidat gewählt wurde, allein mit seiner Unterschrift als unabhängiger EU-Mandatar die Kandidatur von Europa anders ermöglichen hätte können, hat die Allianz darauf verzichtet und die nötigen 2.600 Unterstützungserklärungen bundesweit aufgebracht.

Wie haben sich diese vier in ihrer Programmatik doch unterschiedlichen Kräfte einigen können, gemeinsam zu den EU-Wahlen anzutreten? Wo waren bzw. sind die Gemeinsamkeiten, wo Reibungslinien in diesem Bündnis?



Oben: Bernd Rixinger, Bundesvorsitzender der deutschen Partei Die Linke (links im Bild), und Fabio Reinhardt (rechts im Bild), Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Piratenpartei, waren nach Wien gekommen, um ihre Solidarität mit Europa anders zu bekunden. Foto: Fayad Mulla. Foto-Credit: Volksstimme. Links Aktion für den Hypo-Haftungsboykott vor dem Parlament in Wien. Foto: Hörantner, Foto-Credit: Volksstimme

KPÖ zum Ergebnis für „Europa anders“ bei der der EU-Wahl: Eine T

1 Europa anders hat sein deklariertes Ziel, ein EU-Mandat zu erreichen, nicht erreicht; sollen daraus – jenseits von frustrierten Reflexen oder Versuchen der Schönfärberei – fundierte Schlussfolgerungen gezogen werden, muss eine Einschätzung von zwei Resultaten ausgehen:

Erstens, vom bundesweiten Ergebnis (2,14%). Dieses kann gemessen werden am gemeinsamen Stimmenanteil – der etwas übertroffen werden konnte – oder an der (höheren) absoluten Stimmenzahl der Allianzparteien bei den Nationalratswahlen; dies jedoch ist ein Vergleich zweier unterschiedlicher politischer und auch statistischer Ereignisse. Das vergleichbare politische und statistische Ereignis für diese Zahl ist der Stimmenanteil der KPÖ bei den EU-Wahlen im Jahre 2009 – Piraten und Wandel haben damals nicht kandidiert. Die KPÖ konnte damals 0,7% einfahren; im Vergleich dazu liegt der Stimmenanteil von Europa um das Dreifache höher. Das zweite Resultat sind die um vier Prozent und darüber

liegenden Stimmenanteile in den zwei größeren Städten Linz und Graz sowie vor allem in der Bundeshauptstadt Wien, wo in einigen Bezirken über fünf oder auch sechs Prozent der Stimmen für Europa anders abgegeben wurden.

2 Berücksichtigt man die sehr kurze Zeitspanne, in der das Projekt hochgezogen wurde, sowie die geringen materiellen Ressourcen, über die verfügt werden konnte, kann eine sachliche Einschätzung der „zwei Resultate“ nur lauten: wo es gelungen ist, sich Präsenz zu verschaffen, bzw. eine solche aufgrund der Tätigkeit der Allianzparteien bereits gegeben war, konnten zahlenmäßig relevante Ergebnisse realisiert werden. In Summe betrachtet der Bundesausschuss das Ergebnis als erfreulich vor allem unter einem Gesichtspunkt: sowohl die politische Positionierung links von SPÖ und Grünen als auch die Erfahrungen der Kooperation unterschiedlicher Kräfte als auch die Zustimmung der Menschen, die sich einen progressiven



Pressekonferenz von Europa anders vor dem Parlament in Wien: Waltraud Klackl, Listendritte und Sprecherin der KPÖ, Spitzenkandidat Martin Ehrenhauser, Piraten-Sprecher Christopher Clay und Wandel-Sprecherin Agnes Peterseil (von links nach rechts).

Foto: Hörantner.

Foto-Credit: Volksstimme

Ich denke, wichtig war, dass wir uns von allem Anfang einigt hatten, die zwei Plätze an der Listenspitze a) mit Unabhängigen und b) von Mann und Frau zu besetzen. Damit wurde Apriori ein Gerangel zwischen den Parteien um den ersten Platz ausgeschlossen, und die Debatte konnte auf die politischen Schwerpunkte sowie wahlkampfrelevanten Themen konzentriert werden. Entscheidende Treffen – noch vor dem Gründungskonvent – wurden unter möglichst breiter Beteiligung von Unabhängigen getroffen. Und was noch wichtig war in dieser Phase: Zwischen den Allianzparteien herrschte das Einverständnis über den Charakter der Allianz: Es ist keine neue Partei, sondern das „gemeinsame Dritte“ für die EU-Wahlen. Die Parteien behalten ihre Selbständigkeit, können & sollen im Wahlkampf neben den gemeinsamen Allianz-Aktivitäten auch selbständig Wahlkampf betreiben, aber dabei den politischen Rahmenkonsens berücksichtigen.

Wie es möglich war, sich programmatisch zu einigen? Das war das geringste Problem. Allein der Vergleich vorliegender Wahlprogramme für die Nationalratswahl 2013 hat ergeben, dass es eine sehr hohe Übereinstimmung in konkreten Forderungen gibt, und im Generellen (Ablehnung der Austeritätspolitik, gegen die Zertrümmerung sozialer Errungenschaften bzw. gegen den Abbau des Sozialstaats,

für eine „gerechte“ – Sprechweise Wandel – bzw. für eine „Umverteilung“ – Sprechweise KPÖ – des Vermögens und der Ressourcen, für ein soziales und demokratisches Europa statt für ein Europa der Banken und Konzerne, usw.). Reibungsflächen? Vor allem aus der unterschiedlichen politischen Kultur der Allianzparteien resultierend, aber aufgehoben in solidarischer Grundstimmung.

War dieses gemeinsame Auftreten als Beginn einer längerfristigen Zusammenarbeit geplant oder zuvorderst ein singuläres Projekt? Kannst Du etwas dazu sagen, welche Auffassungen es zu dieser Frage bei den verschiedenen Kräften im Bündnis gibt?

Es war zuvorderst ein singuläres Projekt mit der Option auf Fortsetzung. Der Kooperationsvertrag wurde für die EU-Parlamentswahl abgeschlossen und ist mit dem Wahltag ausgelaufen, aber es laufen in Wien und in den Bundesländern Gespräche und Beratungen über das „Ob und Wie“ der Fortsetzung. Im September gibt es wieder ein bundesweites Treffen, wo das Resümee gezogen und entschieden wird, wie weiter.

Wie war Eure Strategie für den Wahlkampf? Welchen Themenschwerpunkt habt Ihr gewählt und was habt ihr unter-

Tür wurde aufgestoßen

Wandel der politischen Kräfteverhältnisse in Österreich wünschen, haben Ansätze einer neuer Linken in Österreich sichtbar und entwickelbar gemacht.

3 Dass der Ansatz für eine neue Linke in Österreich erfahrbar wurde, hatte zur Voraussetzung, dass die beteiligten unabhängigen AktivistInnen und die Allianzparteien nicht auf „Dissidenten“ aus den Mainstream-Parteien (SPÖ und Grüne) gewartet haben, sich nicht nur auf politischer, sondern im breiteren Sinne auf gesellschaftlicher Ebene zusammengetan haben, im Sinne eines linken oder progressiven gesellschaftlichen Bündnisses mit diversem kulturellen und sozialen Hintergrund sowie Interessenslagen, die genauso differenziert sind wie die unterschiedlichen Teile der heutigen ArbeiterInnenklasse. Dass diese unterschiedlichen Interessenslagen in einer gemeinsam wahlpolitischen Programmatik sowie in einem gemeinsamen Wahlkampf aufgehoben werden konnten, lag an einer zweiten „inneren“ Voraussetzung: an der außerordentli-

chen inneren Solidarität der einzelnen Teile, am Engagement für das gemeinsame Dritte, für den Widerstand gegen die neoliberale Anmaßung der herrschenden Politik.

4 Der Bundesausschuss ist der Meinung, dass die Wahllianz Europa anders eine Tür aufgestoßen hat, die bisher verschlossen war. Ob, wo und wie der Raum, der sich aufgetan hat, betreten und gestaltet werden kann, wird in erster Linie von der Vertiefung des gesellschaftlichen Bündnisses abhängen, das seine erste Lektion mit „Europa anders“ erfolgreich hinter sich gebracht hat. Ob, wie und in welcher Form dies geschehen kann, liegt in der Hand jener, die die Arbeit dafür gemacht haben. Die KPÖ ist dafür nicht nur offen, sondern auch bereit.

Der Bundesausschuss der KPÖ ist das operativ leitende Organ der KPÖ zwischen den Sitzungen des Bundesvorstands.



Wahlparty im Wiener Lokal 7stern: der Spitzenkandidat Martin Ehrenhauser wird mit einem Experten-„Leiberl“ ausgezeichnet. Foto: Medienpirat. Foto-Credit: Volksstimme

► *nommen, um von der Öffentlichkeit nicht nur wahrgenommen, sondern auch inhaltlich beachtet zu werden? Wie haben Euch die Medien wahrgenommen?*

Zunächst einmal wurden wir von den Medien nicht einmal ignoriert. Das hat sich schlagartig geändert, als Martin Ehrenhauser in einer Diskussionsrunde im staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender ORF einfach aufstand und unter Protest den Ort des Nichtgeschehens auf spektakuläre Weise verließ – in Richtung Ballhausplatz, dem Sitz des Bundeskanzleramtes, und sich dort bis auf weiteres niederließ, um gegen die aus Steuergeldern zu bezahlende Haftung der Regierung für die Hypo zu demonstrieren. Das wurde dann zu einem kleinen Wallfahrtsort für Medien und Sympathisierende. Ab diesem Moment waren wir in den Medien präsent, und zwar in ungeahntem Maße. Anschließend entschieden wir uns, mit einer Unterschriftensammlung für die Ausschreibung eines Volksbegehrens zum Thema „Volksabstimmung über Haftungsboykott“ zu beginnen. Und diese Aktion reicht über den verflossenen Wahltermin hinaus. Allerdings: das Medieninteresse ließ dann, je näher der Wahltermin rückte, mehr und mehr nach. Wir haben gegengesteuert, so gut wir konnten. Ein paar weitere spektakuläre Aktionen, Flugblattverteilungen, Info-Stände und Info-Hütten, einige Diskussionsveranstaltungen ...

Ihr habt also das Thema „Banken“ zum zentralen Thema gemacht – Warum? Könntest Du die Position bzw. die Positionen Eurer Wahlallianz dazu in kurzen Sätzen umreißen?
In der Art und Weise, wie die Gewinne der Banken (bzw. der großen Investoren & Gläubiger) privatisiert und Verluste sozialisiert werden, äußern sich wesentliche Eigenschaften neoliberaler Politik und Ökonomie, darum eignet sich das Thema sowohl als Einstieg in die Kritik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus als auch über die Krise der repräsentativen Demokratie.

Wie soll man sich die „Ablehnung der Haftung“ bei dem

Thema „Banken“ konkret vorstellen? Wie grenzt Ihr Euch bei diesem Thema von den rechten Strömungen ab und welche Rolle spielt für „Europa anders“ der politische Kampf gegen die Europa-, bzw. Eurogegner (z.B. die FPÖ)?

Konkret: die großen Gläubiger oder Investoren sollen den Bankrott der Institution, die sie für ihre Spekulation benutzt haben, selber bezahlen und nicht aus Steuergeldern bedient werden; Investment-Banken sollen von den Geschäftsbanken getrennt werden, letztere ihrer herkömmlichen nützlichen Aufgabe (Kreditierung) nachkommen. Die EZB muss zur direkten Kreditgeberin an arbeitsplatzschaffende, gemeinwohlorientierte Projekte werden, was natürlich neue Regeln erfordert, die jenseits der Logik des Finanzmarkts liegen. Usw. Was die Rechten und ihre „Bankenkritik“ betrifft: die haben vor Jahren gemeinsam mit allen anderen – ja, mit allen; SPÖ, ÖVP und Grüne natürlich eingeschlossen – das 100-Milliarden-Euro Hilfspaket für Banken beschlossen, aus dem einige Milliarden bereits verbrannt wurden, nicht nur für die Hypo. Die Abgrenzung von den rechten Strömungen verläuft genauso: ihre Demagogie aufblättern, und die Kritik an den Banken auf die Kritik des Realkapitalismus ausdehnen, dessen System sie stützen. Wir hatten haben nicht nur die „Eurogegner“ als Gegner, sondern auch die EU-Stromlinienentreuen, d. h. Sozialdemokratie und Grüne, die sich bemühen, auch progressive EU-Kritik ins Fach der Anti-EU-Propaganda zu stopfen.

Die AkteurInnen des Projekts Europa anders waren und sind weder „Raus-aus-der-EU“-Prediger noch EU-Euphriker; Europa anders hat sich europapolitisch auch dadurch klar positioniert, dass es Alexis Tsipras unterstützt hat. Es ging und geht eben nicht um die Frage „pro“ oder „contra“ EU, sondern um das Bemühen, die politischen Kräfteverhältnisse im europäischen Rahmen zugunsten der Linken zu ändern und dadurch jene Kräfte, die den Wahnsinn der Austeritätspolitik bekämpfen, zu stärken. Und ein klein wenig hat die Wahlallianz Europa anders auch dazu beigetragen.

Zwei Resultate, ein Prozess

MIRKO MESSNER zum Wahlausgang für die Wahlallianz Europa anders – aus der Sicht eines Aktivisten

Es gibt nicht ein Resultat für Europa anders, sondern zwei. Da ist einmal das österreichische Gesamtergebnis: 2,1% – was auch so gelesen werden kann, dass es nicht gelungen ist, die 87.491 Stimmen, die bei der Nationalratswahl für die drei Parteien der Wahlallianz KPÖ, Piraten und Wandel insgesamt abgegeben wurden, zu mobilisieren, obwohl mit den eingefahrenen über 60000 Stimmen das prozentuelle Ergebnis (1,86 Prozent bei der Nationalratswahl für die genannten drei Parteien) leicht übertroffen werden konnte; beides liegt – rechnerisch betrachtet – an der niedrigen Wahlbeteiligung, von der auch die Wahlallianz betroffen war. Natürlich ist das ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen, weil es politisch und statistisch zwei unterschiedliche Ereignisse sind. Aber er erlaubt Einblicke in Kapazitäten, und die Enttäuschung jener, die sich mehr erwartet hatten, liegt wohl genau in diesem Vergleich. Ein anderer Aspekt desselben Ergebnisses ist, dass die Allianz mit diesen 2,14% im Vergleich zu den EU-Wahlen 2009 den damaligen Stimmenanteil (und auch die Anzahl der Stimmen) der KPÖ, die damals allein kandidiert hat, um das Dreifache übertroffen hat. Für ein EU-Mandat hat es dennoch nicht gereicht. Das ist das eine Resultat.

Und dann gibt es das hervorstechende zweite Wahlergebnis in den größeren Städten, z. B. Linz und Graz, sowie vor allem in der Bundeshauptstadt Wien – rund 4 Prozent, in einigen Wiener Bezirken über 5 und 6 Prozent. Hier hat sich der intensive, mit erfrischendem Witz und zugleich großer Ernsthaftigkeit geführte Wahlkampf unzähliger AktivistInnen, der KandidatInnen und des bis an seine physischen Grenzen engagierten Spitzenkandidaten in zahlenmäßig relevante Zustimmung verwandelt.

Kommunikations- ...

Was lässt sich aus diesen zwei doch unterschiedlichen Ergebnissen ablesen? Naheliegendes: wo die Präsenz stärker war, wohl auch die mediale Aufmerksamkeit, gibt es bessere Resultate. Wobei dies nicht nur werbetchnisch zu verstehen ist (im Unterschied zu den Millibudgets anderer konnte die Präsenz nicht finanziell abgesichert werden, sondern in erster Linie durch die Zeit-Kapazitäten der AktivistInnen); was ich damit meine, mag spekulativ sein, aber ich denke, es war so: in den Städten mit mehr Präsenz konnte die Erzählung, dass es eben nicht um „pro“ oder „contra“ EU geht, sondern um fortschrittliche EU-Kritik, also um Ablehnung des Austeritätskurses, der Tendenz zum antidemokratischen Autoritarismus usw., dass es um – wie der Allianzname sagt –, ein „anderes“, demokratisches und soziales Europa geht, um die Stärkung der progressiven Kräfte auf europäischer Ebene, um eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zu deren Gunsten, und nicht um nationalistische Raus-aus-der-EU-Propaganda, dass also diese differenzierte Argumentation in den Zentren stärker und unmittelbarer kommuniziert werden konnte und auch besser verstanden wurde als anderswo. Ich

führe z. B. den Unterschied zwischen dem Stimmenanteil für die Gruppierung EU-Stop außerhalb der großen Städte (wo er durchwegs höher war als der Stimmenanteil für Europa anders), und im Unterschied dazu in den Zentren, wo er signifikant unter dem Stimmenanteil für Europa anders lag, auch auf diese unterschiedliche Kommunikationslage zurück; unabhängig davon, wie rechts die EU-Stop-Gruppierung eingeschätzt wird, sie hat auch oppositionelle Stimmungen von Menschen aufgefangen, von denen angenommen werden darf, dass sie nicht einfach aus rechter Ideologie heraus abgegeben wurden, sondern auch deswegen, weil sie für Europa anders kein Ohr gehabt hatten bzw. die Kunde von der Wahlallianz nicht an ihr Ohr gedrungen ist – trotz der intensiven Arbeit von Europa anders in den sozialen Medien.

... und Stimmungslage

Was sich aus den Ergebnissen nicht unmittelbar herauslesen lässt, bzw. nicht einfach in diese „hineininterpretieren“ lässt, war die interne Stimmungslage während des Wahlkampfes: Es hat PiratInnen gegeben, die mit der KPÖ und dem Wandel keine Freude gehabt haben. Und es hat PiratInnen gegeben, die sich erst durch die Allianz mit der KPÖ und dem Wandel und den Unabhängigen mit Freude zum Wahlkampf entschlossen und all ihre Kraft hineingepackt haben. Es hat KPÖ-AktivistInnen gegeben, die skeptisch auf die Piraten hingeschaut haben, und es hat KPÖ-AktivistInnen gegeben, die sich genau wegen der Breite des Bündnisses so richtig hineingehaut haben. Es hat viele, viele Belege dafür gegeben, dass Menschen sich erst durch die Kandidatur von Europa anders dazu aufgeschwungen haben, wählen zu gehen, weil sie darin das Versprechen einer nachhaltigen fortschrittlichen Alternative in der einbetonierten österreichischen Parteienlandschaft sehen. Es hat Unabhängige gegeben, die meinen, das Neue an „Europa anders“ wäre durch die Logos der Parteien verdeckt worden (und die trotzdem mitgemacht haben), und es hat andere Unabhängige gegeben, die froh waren über die Logos der Wahlallianz-Parteien, weil die „Wiedererkennbarkeit“ wichtig war für eine Wahlgruppierung, die nur sehr kurze Zeit gehabt hat, sich zu profilieren. Das alles und mehr war gleichzeitig vorhanden, hat sich gerieben, aufgehoben, verändert. Dass diese Dynamik intern, also in der internen Kooperation des Kampagnenteams und der AktivistInnenzirkel produktiv und konstruktiv, in vorbildlich solidarischer Weise aufgefangen wurde, war auch für mich persönlich ein außerordentliches Erlebnis. Vielleicht haben aber auch jene AktivistInnen gleichzeitig Recht, die meinen, dass diese positive Dynamik zu wenig Zeit und Gelegenheit gehabt hat, breiter auszustrahlen.

Mit einem Wort: Die Wahlallianz hat meiner Meinung nach einen Prozess angestoßen, mit widersprüchlichen Ingredienzien und Kapazitäten, aber mit klarer „Verortung“: links von der Sozialdemokratie und den Grünen, mit klarer sozialer und anti-neoliberaler Orientierung. Wir – und damit meine ich alle an der Wahlallianz Beteiligten – sollten in aller Ruhe die Elemente dieses Prozesses untersuchen und dann gemeinsame Schlussfolgerungen ziehen. Sie werden die richtigen sein, so wie es auch richtig war, die Wahlallianz zu bilden und gemeinsam um ein gutes Resultat zu kämpfen, das sich im Bundesmaßstab nicht, aber vielerorts und in wichtigen Zentren tatsächlich eingestellt hat.

(Aus: *Volksstimme* 6, Juni 2014)

Zur Erläuterung: 2013 ist es uns zum ersten Mal seit mehreren Jahren wieder gelungen, einen kleinen Überschuss zu erzielen und damit unsere Konto- und Kassenbestände etwas zu verbessern.

Dazu beigetragen haben erhebliche Kostensenkungen sowohl bei der Jahrestagung wie durch die Reduzierung der Vorstandssitzungen sowie teilweise Anhebungen der Beiträge.

Insgesamt bleibt aber die finanzielle Situation angespannt. Zusätzliche Ausgaben können wir uns auch in 2014 nicht leisten. Entlastend wird sich in 2014 vor allem die Reduzierung der Kosten für die Politischen Berichte auswirken, indem bisher bezahlte Redaktionstätigkeit künftig als ehrenamtliche Tätigkeit geleistet wird. Dadurch sinken die Kosten für Erstellung, den Druck und Vertrieb der Politischen Berichte um monatlich etwa 590 Euro. (Zur Erläuterung: 2013 hat der Verein einmalig nur 10 Ausgaben der PB gezahlt. 2014 werden wieder 12 Ausgaben fällig. Deshalb erscheint die tatsächliche Reduzierung der Kosten gegenüber 2013 nur etwa halb so groß. Die wirkliche Kostenersparnis wird bei dem Vergleich der Ausgaben für die Politischen Berichte in 2012 und dem Plan 2014 sichtbar.)

Der Haushaltsplan für 2014, den der Vorstand zur Billigung vorschlägt, sieht deshalb so aus:

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation				
Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2013 und Haushaltsplan 2014				
(Alle Angaben in Euro)				
	Ist 2011	Ist 2012	1.1.-31.12.13	Plan 2013
Beiträge	27.817,48	30.974,55	29.272,38	29.000,00
Ausgaben				
Politische Berichte	24.464,72	26.236,34	23.250,00	21.800,00
Aufwandentschädigungen	360,00	320,00	170,00	320,00
Reise- Raumkosten Vorstand	1.498,80	1.931,10	1.342,50	1.400,00
Reise- und Raumkosten Verein	4.734,85	4.101,45	2.782,80	3.600,00
Kosten Geldverkehr	77,55	124,29	173,12	130,00
Porto, Ergebnisheft	361,63	439,17	885,20	400,00
Gesamte Ausgaben	31.497,23	33.152,35	28.603,62	27.650,00
SALDO	/3.679,75	/2.177,80	+ 668,76	+1.350,00
<i>Kassenbestand per 31.12.13: 966,30 Euro</i>				
<i>Kontobestand per 31.12.13: 2.302,85 Euro</i>				

Beitragseinnahmen:	29.000 Euro
Ausgaben für	
- Politische Berichte	20.000 Euro
- Aufwandentschädigungen	240 Euro
- Reise- u. Raumkosten Vorstand	1.400 Euro
- Reise- u. Raumkosten Verein	3.600 Euro
- Sonstige Kosten	1.000 Euro
GESAMTE AUSGABEN	26.240 Euro
Berlin, den 1. Januar 2014	R.L.

Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2013

1. Die Kassenprüfung wurde von dem gewählten Kassenprüfer Harald Gindra (in Absprache mit dem verhinderten Michael Ohse) am 1.3.2014 ab 16.00 Uhr durchgeführt.
2. Die Belege der Ein- und Ausgaben vom 1.1.2013 bis 31.12.2013 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor und wurden stichpunktartig überprüft.
3. Die Kontierung nach Einzelmitgliedern und deren Zahlungseingang hat sich nun nach anfänglichen Schwankungen eingependelt und bildet sich periodengerechter ab.

4. Das Vermögen bei Eröffnung am 1.1.2013 betrug 2.600,39 €. Am 31.12.2013 betrug der Kassenbestand 966,30 € und der Kontobestand 2.302,85 €. Das Berichtsjahr schloss mit einem positiven Saldo in Höhe von 668,76 €. Somit konnte das Vereinsvermögen zum 31.12.2013 wieder leicht auf 3.269,15 € anwachsen.
5. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 9.3.2014
Harald Gindra / Michael Ohse

Jahrestagung 2014 – Protokoll:

Samstag, 29. März

Top Vereinsangelegenheiten:

- a) *Berichte des Vorstandes:* Rüdiger Lötzer erläutert den vorliegenden Haushaltsbericht 2013 und Haushaltplan 2013. Der Bericht über die Kassenprüfung liegt vor. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstandes. Das geschieht einstimmig. Der Haushaltsplan für 2014 wird einstimmig gebilligt.
- b) *Wahl des Vorstandes:* Als Sprecherin und Sprecher werden Brigitte Wolf und Christoph Cornides einstimmig gewählt. Als Verantwortlicher für Finanzen wird Rüdiger Lötzer einstimmig gewählt. In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig gewählt: Christiane Schneider, Thorsten Jannoff, Alfred Küstler, Jörg Detjen, Martin Fochler, Edith Bergmann, Helmut Lechner.
- c) *Als zusätzliche Mitglieder des Präsidiums* werden Barbara Burckhardt und Claus Udo Monica einstimmig gewählt.
- d) *Als Kassenprüfer* werden Harald Gindra und Michael Ohse einstimmig wiedergewählt.

Öffentliche Veranstaltung

Thema: Ziele und Bedingungen für eine europäische Sozialunion – Aktuelle Aufgaben und Ansatzpunkte im Kampf

um soziale Mindeststandards in der EU. Das Referat wurde von Karola Boger, Mitarbeiterin der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament für den Beschäftigungs- und Sozialausschuss via Skype aus Brüssel gehalten. Veröffentlichung: Ein Gedächtnisprotokoll des Vortrages soll Karola Boger zur Korrektur zugesandt werden. Das Ergebnis soll in den Materialien veröffentlicht werden. *Vortrag von Thomas Trüper zur Situation von Wanderarbeitern aus Südosteuropa in Mannheim.* Das Referat soll in den Materialien veröffentlicht werden.

Sonntag 30. März:

Veranstaltung zum Thema: **Außenbeziehungen der EU – Wirtschaftliche Verflechtung, EU-Grenzregime, EU-Außenpolitik im östlichen Europa. Was kann linke Politik auf diesem Feld leisten?** (In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung der Linken). Referenten: Hunno Hochberger zur deutschen EU- und Nato-Politik in der Ukraine-Krise. Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ. Veröffentlichung: Auf Grundlage des Vortrages sollen dem Referenten Fragen gestellt werden, die dieser beantwortet. Das Ergebnis soll in den Materialien veröffentlicht werden. Die Materialien sollen im Juni erscheinen.
Protokoll: *Claus Udo Monica*